

Inhaltsverzeichnis

1. Runder Tisch 2009: 23.09.2009

Alles Freiwilligendienst! Oder?

*Der neue geregelte „Freiwilligendienst aller Generationen“
in der Metropole Berlin*

2. Runder Tisch 2009: 03.11.2009

*Bürgerschaftliches Engagement in der (Wirtschafts-)Krise
Bestandsaufnahme - Perspektiven*

3. Runder Tisch 2009: 23.11.2009

*Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement
Eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren*

Anlagen

Neunundzwanzig Runde Tische im Überblick

Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement

Alles Freiwilligendienst! Oder?

Der neue geregelte „Freiwilligendienst aller Generationen“ in der Metropole Berlin

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Patin: Minka Dott, MdA, Fraktion Die Linke

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 23. September 2009, 17:00 bis 19:00 Uhr

Begrüßung durch Frau Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur Berlin

„Seit Jahresanfang gibt es den „Freiwilligendienst aller Generationen“ des namens-gleichen Bundesprogramms in Berlin. Drei Leuchtturmprojekte arbeiten in der Engagementwerkstatt des Treffpunkts Hilfsbereitschaft. Der Paritätische Berlin ist Träger des Mobilen Kompetenzteams und der Qualifizierung und entwickelt den Dienst in den bestehenden Strukturen Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin weiter. Inzwischen gibt es in jedem Bezirk Anlaufstellen, in der Regel in Stadtteilzentren. Wir fragen nach ersten Erfahrungen, möglichen Entwicklungen dieses Dienstes im Feld Bürgerschaftlichen Engagements und anderer Freiwilligendienste unter metropolitanen Bedingungen.“

Frau Carola Schaaf-Derichs begrüßt

im Namen der Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft zu den Runden Tischen 2009 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin, die mit anhaltender Unterstützung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der parlamentarischen Paten aus allen Fraktionen seit 2001 im Abgeordnetenhaus zu Berlin veranstaltet werden können. Besonders herzlich begrüßt sie als Patin dieses Runden Tisches Frau Minka Dott, MDA Fraktion Die Linke.

Frau Minka Dott betont

die allgemeine Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft und die besondere Rolle des Treffpunkts Hilfsbereitschaft in Berlin. Sie verweist auf Aktivitäten wie die Einführung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes und dessen jetzt anstehende Novellierung und hält zugleich fest, dass bei aller Wertschätzung, Unterstützung und Förderung Bürgerschaftliches Engagement die Aufgaben des Staates nicht übernehmen

Durch ein technisches Problem bei der Fixierung der elektronischen Aufzeichnung der Diskussion im Berliner Abgeordnetenhaus sah sich die Verwaltung des Hauses auch nach längeren Bemühungen zu unserem Bedauern erneut, wie schon einmal im letzten Jahr, leider nicht in der Lage, eine Datei des Mitschnitts der Diskussionen des Runden Tisches dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft zur Verfügung zu stellen. Durch Erfahrung etwas klüger geworden, hatten wir eine stichwortartige Protokollierung vorbereitet, die uns dieses Mal eine ausführlichere Berichterstattung ermöglicht. In der Zwischenzeit haben wir die Zusage, dass zukünftig alle Mitschnitte von Runden Tischen auf dem Stand des sicherungstechnisch Möglichen im Hause erfolgen. Für die zwei weiteren Runden Tische des Jahres haben wir dann wieder die gewohnt hervorragende und zuverlässige Unterstützung der Mitarbeitenden der Technik des Hauses erhalten, wofür wir uns sehr bedanken.

könne und dürfe. Dies gelte auch für neue Entwicklungen wie jetzt die *Freiwilligendienste aller Generationen*, die diesmal zur Diskussion stehen.

Frau Schaaf-Derichs verweist

auf die mittlerweile im neunten Jahr durch die Runden Tische in Berlin gegebene Möglichkeit, Entwicklungen im Bürgerschaftlichen Engagement der Stadt eingehend mit Akteuren aus Politik und Wirtschaft zu erörtern, Probleme offen anzusprechen und notwendige Entscheidungen vorzubereiten - und auch einzufordern. Ein Bundesprogramm wie die *Freiwilligendienste aller Generationen*, das seit Anfang 2009 auch in Berlin umgesetzt werde, werfe Fragen auf: Wie ordnen sich diese Freiwilligendienste in die bestehende Berliner Engagementlandschaft ein, gibt es Brüche, was ist in der Praxis zu beachten, welche Perspektiven eröffnen sich in einer Metropole wie Berlin über die Bundesförderung hinaus?

Jo Rodejohann beschreibt zum Einstieg

die Grundzüge des Bundesprogramms, das sich in ein schon bestehendes Geflecht von geregelten und ungeregelten Freiwilligendiensten im In- und Ausland einordnet, wie es sich seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts hierzulande entwickelt habe. Er gibt einen Überblick über das bestehende Angebot der Freiwilligendienste anhand des aktuellen "Berichts zur Lage und den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland" (Berlin 2009, 76ff.). Die Übersichtstabelle aus dem Bericht findet sich auf der nächsten Seite.

Die *Freiwilligendienste aller Generationen* als neuer, nach den Absichten des Bundes breit in der Fläche in den Ländern und Kommunen zu verankernder Dienst sei kein Modellprogramm: Welche Möglichkeiten ein allgemeiner Freiwilligendienst im Unterschied zu den mittlerweile etablierten und anerkannten

ten Jugendfreiwilligendiensten unter welchen Bedingungen bieten, sei erklär-

Tabelle 2.3-3: Übersicht zu Freiwilligendiensten im In- und Ausland

Dienst	Einsatzfeld	Dauer	Umfang	Formale Teilnahmekriterien	Bildungsprogramm	Teilnehmerinnen und Teilnehmer		Gesetzlich geregelt durch
						Zeitraum	Anzahl	
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)	Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitspflege, Kultur, Denkmalpflege, Sport	6-12 Monate, nach Verlängerung max. 18 Monate (Regeldauer: 12 Monate)	Vollzeit**	Ende der Schulpflicht - 27 Jahre	25 verpflichtende Seminartage	Jg.: 2006/2007 Jg.: 2006/2007	32.500*	JFDG
Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)	Umwelt- und Naturschutz						2.211	JFDG
Auslandsdienste								
FSJ im Ausland	Analog FSJ	6-12 Monate, nach Verlängerung max. 18 Monate	Vollzeit	18-27 Jahre	25 verpflichtende Seminartage	Jg. 2007	1.330	JFDG
FÖJ im Ausland	Analog FÖJ					Jg. 2007	68	JFDG
Anderer Dienst im Ausland (AD/A)		Dauert mindestens zwei Monate länger als der Zivildienst	Vollzeit	18-27 Jahre (spätestes Eintrittsalter: 25) Zum Teil werden bestimmte Sprachkenntnisse oder Qualifikationen vorausgesetzt.	Nicht einheitlich geregelt, i. d. k. Einführungs- und Abschlussseminar	2007	670	§ 14 b ZD/G
Europäischer Freiwilligendienst (EFD)	Gemeinnützige Organisationen	6-12 Monate (Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf: 2 Wochen - 6 Monate)	Vollzeit	16-30 Jahre (in einigen Projekten ab 16)	Mind. 22 Seminartage (Einführungs-, Zwischen- und Abschlussseminar)	2007	662	Beschluss Nr. 1719/2006/JG des Rates der Europäischen Union
Privatrechtliche Auslandsfreiwilligendienste	Gemeinnützige Organisationen in EFD-Programmländern, EU-Partnerländern und Lateinamerika	1-36 Monate (meist 6-24 Monate)	Vollzeit	Mind. 18 Jahre. Zum Teil werden bestimmte Sprachkenntnisse oder Qualifikationen vorausgesetzt.	Nicht einheitlich geregelt, i. d. k. Einführungs- und Abschlussseminar	2007	4.262	-
Modellprojekte								
Freiwilligendienste machen kompetent (2007-2013)	Wohlfahrtspflege, Rettungsdienst, Gartenbau, ökologische Landwirtschaft, Kultur, Sport	Analog FSJ	Vollzeit	Ende der Schulpflicht - 27 Jahre Hauptschulabschluss oder niedriger	Mind. 25 Seminartage + zusätzliche Bildungsangebote (projektspezifisch)	2008 (Stand: Dez. 08)	132	JFDG
Freiwilligendienst aller Generationen (2009-2012)	Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit und Pflege, Bildung, Kultur, Sport, Technik, Familienassistenz	Mind. 6 Monate	Mind. 8 Stunden/Woche	Erfüllung der Schulpflicht	Durchschnittlich 60 Std. im Jahr Sprachkurse + mind. 25 verpflichtende Seminartage (Einführungs-, Zwischen- und Abschlussseminar)	2009-2011	Noch keine Angaben	§ 2 Nr. 17 (1 a) SGB VII
weltwärts	Entwicklungszusammenarbeit in Entwicklungsländern (nach OECD)	6-24 Monate (Regeldauer: 12-18 Monate)	Vollzeit	18-28 Jahre (spätestes Eintrittsalter: 25)		2008	2.255	-

* Nur die im BAK FSJ vertretenen Träger. - ** 35-40 Std./Woche.

Quelle: Expertise zze/Stemmer.

Quelle: Aischer, Mareike [u.a.], 2009: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Berlin, 78

termaßen im vorgängigen Modellprogramm *Generationsübergreifende Freiwilligendienste* (auch in Berlin) erprobt worden.

Deshalb sind rechtlich eine Reihe von Kriterien für das zu begründende Dienstverhältnis zu erfüllen, um als *Freiwilligendienst aller Generationen*, inoffiziell abgekürzt FDaG, anerkannt zu werden:

Einen *Freiwilligendienst aller Generationen* kann leisten,

- wer die Schulpflicht erfüllt hat.
- Freiwillige haben sich auf mindestens acht Stunden je Woche für die Dauer von mindestens einem halben Jahr zu verpflichten.
- Das Dienstverhältnis muss zwischen Freiwilligem, Träger und Einsatzstelle schriftlich vereinbart werden.
- Träger eines *Freiwilligendienstes aller Generationen* können Einrichtungen zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger sowie kirchlicher Zwecke oder juristische Personen des öffentlichen Rechts sein.
- Der Träger qualifiziert die Freiwilligen und die sie anleitenden Fachkräfte durch Fort- und Weiterbildung im Mindestumfang von durchschnittlich 60 Stunden pro Jahr.
- Der Träger begleitet die Freiwilligen durch kompetentes Personal der Organisation.
- Die Freiwilligen sind in der gesetzlichen Unfallversicherung (§ 2 Abs. 1a SGB VII) versichert, wenn das Dienstverhältnis schriftlich vereinbart ist.
- Der Träger stellt die Haftpflichtversicherung der Freiwilligen sicher. Wenn Freiwillige nicht für einen bestimmten Träger aktiv werden, treten die Sammelhaftpflichtversicherungen der Länder ein.

Der Dienst habe nach offiziellen Angaben das Ziel, bürgerschaftliches Engagement auf breiter Fläche und damit den Zusammenhalt der Generationen zu fördern. Dabei sollen insbesondere drei Schwerpunkte verfolgt werden: die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an das freiwillige Engagement, die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die Nutzung der Potenziale der Älteren durch die Einbringung von deren Erfahrungswissen in das bürgerschaftliche Engagement.

Frau Carola Schaaf-Derichs informiert

über die aktuelle Umsetzung des Programms *Freiwilligendienste aller Generationen* in Berlin durch Leuchtturmprojekte, Wissensspeicher, Fachtagungen, Kompetenzteam und Qualifizierung und begrüßt die weiteren anwesenden Berliner Programmverantwortlichen: Für die Leuchtturmprojekte Frau Ariane Mattner (DRK Berlin-Süd-West Behindertenhilfe) und Frau Christiane Richter (Seniorpartner in School), für die Umsetzung des Programms in den Bezirken durch Kompetenzteam und Qualifizierung Frau Anke Baumgärtel und Herrn Dr. Löhnert (Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin), Frau Beate Häring und Herrn Prof. Dr. Stephan Wagner (Paritätische Akademie) sowie vom Kompetenzteam Frau Karin Stötzner (SEKIS) und Herrn Dr. Herbert Scherer (Verband für Sozialkulturelle Arbeit).

Aus ihrer Sicht sind es drei Fragen, die Anlass gegeben haben, den ersten Runden Tisch des Jahres dem Thema der *Freiwilligendienste aller Generationen* (FDaG) zu widmen:

- Welchen Stellenwert, hat der FDaG in den vorhandenen Engagementstrukturen der Stadt Berlin, welche Bedeutung kann er zukünftig gewinnen?
- Kommt es zu einer Besserstellung des FDaG gegenüber anderen Engagementformen und besteht in diesem Sinne die Gefahr eines Zwei-Klassen-Systems im Feld des Bürgerschaftlichen Engagements?
- Wie (un)attraktiv ist der neue Freiwilligendienst eigentlich?

Herr Dr. Herbert Scherer (Verband für sozial-kulturelle Arbeit) eröffnet

die Tischrunde mit einer Einschätzung des Stellenwerts: Der FDaG sei ein kleiner Teil in einer sehr breiten Palette von Engagementformen. Als solcher werde er überdimensional gepuscht: Schauen Sie sich die Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit und des Projektes an, erscheine der FDaG stellvertretend für das Ganze - was er aber nicht sei.

Dem FDaG liege darüber hinaus keine ausschließlich freie Vereinbarung zwischen zwei Partnern zugrunde, vielmehr habe der Dienst von Dritten vorgeschriebenen Regeln zu folgen. Deshalb sei zu fragen, ob und wieweit er überhaupt einem Freiwilligen Engagement sachdienlich sei(n könne). Der Begriff „Dienst“ widerspreche der Vorstellung eines freien Engagements. Die Freiwilligen stünden in einem arbeitsähnlichen Verhältnis. Die gleiche Augenhöhe einander frei begegnender Partner sei nicht gegeben.

Weiter sichere der FDaG im Gegensatz zu den Jugendfreiwilligendiensten auch nicht den Lebensunterhalt der Dienstleistenden. Deshalb sei der Kreis derer, die einen solchen Dienst ausüben könnten, von vornherein begrenzt; sie müssten finanziell schon abgesichert sein. Damit zusammen hänge auch die Frage nach der gesamten Rahmung des Dienstes und der Planungssicherheit für potenzielle Einsatzstellen.

Schließlich habe die Verpflichtung zur Qualifizierung einen ausgesprochenen Doppelcharakter: Sie könne auch von Freiwilligen, gerade von älteren, die Kompetenzen bereits mitbringen, die ihr Erfahrungswissen einbringen sollen, als degradierend wahrgenommen werden. Insgesamt sei deshalb die potenzielle Zielgruppe für die FDaG eher als sehr begrenzt einzuschätzen.

Frau Christiane Richter (Seniorpartner in School) betont demgegenüber

nach einer Vorstellung ihres Projekts als Kooperationspartner im Bildungsleuchtturm Berlin, dass Seniors in School von vornherein von der Idee eines verpflichtenden Ehrenamtes ausgegangen seien. Sie habe als Initiatorin des Projekts primär die Bedürfnisse der Zielgruppe im Blick und nähere sich dem Thema damit von einem anderen Ausgangspunkt als Herr Dr. Scherer. Schülerinnen und Schüler bräuchten Verbindlichkeit. Aber auch viele Senior/inn/en hätten erklärt, dass Verbindlichkeit für sie wichtig sei. Zudem sei die Verpflichtung zur Qualifizierung unerlässlich für ihr Projekt; die Mediatoren-

ausbildung sei aber auch der größte Motivationsfaktor für die Engagierten. Und Seniors in School habe sogar ein noch größeres verbindliches zeitliches Engagement vorgesehen als in den FDaG gefordert.

Gleichwohl erheben sich auch aus ihrer Sicht Einwände gegen die gegebenen Regelungen der FDaG: Sie sollten passend zugeschnitten werden auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Generationen. Nicht alle könnten im gleichen Sinne die geforderten Bedingungen erfüllen.

Frau Sybille Volkholz (Bürger Netzwerk Bildung des VBKI) fragt

nochmal nach den Zielsetzungen des Programms: Was waren die Kriterien für die Auswahl der Leuchtturmprojekte, was passiert nach der auf drei Jahre begrenzten Förderung, wie steht es um die nachhaltige Sicherung der FDaG?

Herr Rodejohann beschreibt die klare Erwartungshaltung

des Bundes, die sich in den einzelnen Formulierungen der Programmbeschreibung zeige: Länder und Kommunen sollen die Finanzierung nach Ende der dreijährigen Förderphase übernehmen. Auch sollten sich die geförderten Projekte von Anfang an selber um ihre Nachhaltigkeit kümmern und nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten Ausschau halten.

Frau Schaaf-Derichs erläutert

die bekanntgemachten Kriterien für die Auswahl der Leuchtturmprojekte: Es seien Projekte ausgewählt worden, die leuchtend *und damit wegweisend* seien für die jeweilige lokale Engagementszene. Die für das lokale Umfeld wichtigen Themenfelder, in denen diese Projekte „leuchten“ sollten, seien dabei im engen Kontakt mit der kommunalen Politik bestimmt worden.

Frau Karin Stötzner (Sekis) stellt

als Mitglied des Kompetenzteams (nach einer Vorstellung ihrer Arbeit und der Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle Sekis), ob die FDaG als Format eines Freiwilligendienstes speziell in ihrem Arbeitsfeld der Selbsthilfe Sinn machen. In Wilmersdorf/Charlottenburg gäbe es bereits erste Erfahrungen mit dem FDaG. Menschen reagierten mit Verwunderung und vielen Fragen. Wieso werde etwas vom Bund vorgegeben, in einem Bereich, wo in Berlin schon so viel existiere? Es gäbe doch bereits eine sehr differenzierte Engagementkultur. Und schon bestehende Modelle würden nicht einbezogen. Warum werde eine so starre Struktur vorgegeben? Das „Zuckerstück“ des neuen Programms sei offenbar die Qualifizierung. Warum aber sei diese überhaupt notwendig? Sollten Qualifizierungsangebote nicht eigentlich frei weiterentwickelt werden und nach den schon formulierten Bedarfen der in Berlin Aktiven? Was hätten die Leuchtturmprojekte, fragt sie, überhaupt für einen Nutzen für andere?

Dr. Thomas-Peter Gallon (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) kommentiert den Verweis

von Herrn Rodejohann auf die Erwartungshaltung des Bundes und betont: Das Programm FDaG sei ein Programm des Bundes, kein Programm des Landes. An die Länder seien keine Anforderungen gestellt worden. Das Land sehe allerdings auch keinen Anlass, sich Bitten des Bundes grundsätzlich zu verschließen. Nur seien die FDaG eben kein Bund-Länderprogramm, sondern ein Bundesprogramm.

Herr Dr. Eberhard Löhnert (Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin) erklärt,

dass der Paritätische vom Senat die Aufgabe der Qualifizierung und die mobilen sozialen Kompetenzteams übernommen habe. Zur Zeit gäbe es allerdings mehr Fragen als Antworten. Worum gehe es eigentlich? Die Zivilgesellschaft solle durch ehrenamtliches Engagement gestärkt werden. Es werde auf hohem Niveau an Bestehendes angeknüpft: Zum „Blumenstrauß“ komme nun eine

neue Blume hinzu. Das sei erstmal positiv. Was spräche dagegen, wenn Menschen, die könnten und wollten, sich im Sinne des FDaG engagierten? Er sei guter Hoffnung, dass sich Menschen finden würden, die diesen Dienst wollen. Aber warum gibt es dann so viel Passivität in der Frage der Nachhaltigkeit? Die entstandenen Strukturen blieben doch und müssten genutzt werden (Stadtteilzentren, Freiwilligenagenturen). Das Problem der Nachhaltigkeit schein nur immer dann besonders intensiv diskutiert zu werden, wenn etwas Neues kommt.

Dr. Löhnert berichtet, dass es 12 Anlaufstellen für die FDaG gebe - in jedem Bezirk eine -, 27 mitwirkende Einrichtungen und bereits 35 Freiwillige, die sich am Dienst beteiligen wollten. Es gehe nun darum zu erkennen und zu klären, unter welchen Strukturen und Bedingungen dieser Freiwilligendienst machbar sei. Auch in der Fortbildung würden dafür neue Wege gegangen. Das Programm könne viele Ressourcen freisetzen, die zu nutzen seien: Wichtig sei, das Positive zu sehen und zu betonen.

Frau Schaaf-Derichs beobachtet,

dass offenbar sehr viele Bilder über den neuen Freiwilligendienst im Raum stehen - und unterschiedliche Bewertungen.

Herr Prof. Dr. Stephan Wagner (Paritätische Akademie) pflichtet

ihr bei und versucht eine Erklärung für diese unterschiedlichen Wahrnehmungen: In der Diskussion werde viel unreflektierte Geschichte mitgeschleppt. Darum sei es hilfreich, das Geschehen einmal von außen zu betrachten und nach Amerika zu gucken: Wie machen das die Amerikaner? In Amerika gebe es eine klare Trennung zwischen staatlich definierten Diensten und Bürgerschaftlichem Engagement. Die einzige Gemeinsamkeit beider Tätigkeitsformen sei die Tatsache, dass Menschen, die diese Tätigkeiten ausübten, etwas für die

Gemeinschaft tätigen.

Die historische Perspektive werde zu oft vergessen, wenn es hierzulande darum gehe, die heutige Situation zu beurteilen. Der Zivildienst sei in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelt worden und habe wieder andere Dienstformen hervorgebracht, auch um jungen Frauen die Möglichkeit zu einem Freiwilligendienst zu geben. Vor dem historischen Hintergrund des Nationalsozialismus und des Arbeitsdienstes erscheinen die FDaG als eine Suchbewegung, die noch nicht klar formuliert, was sie wirklich will - aus Angst, in einen Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus gebracht zu werden. Es gäbe aber Menschen, die genau so einen geregelten Dienst machen wollen und sich auch trauen, dafür klare Vereinbarungen zu treffen.

Frau Schaaf-Derichs betont,

dass auch sie ein Problem mit dem Dienstbegriff bei den FDAG habe und dass eine historische Perspektive zur weiteren Klärung sicher sehr interessant sei. Es stelle sich jedoch auch die grundsätzliche die Frage nach dem Grad der Demokratieverträglichkeit eines solchen Dienstes. Ein Freiwilligendienst in ihrem Verständnis müsse sich deutlich von jeder Art von Zwangsdienst abgrenzen.

Herr Peter Stawenow (Sozialwerk Berlin) nimmt das Bild

vom Blumenstrauß auf, das Herr Löhnert eingebracht hat, und fragt sich, wie die neue Blume eingebunden werden könne: Es gebe Chancen und Risiken. Die Chancen, um im Bild zu bleiben, lägen darin, dass etwa ältere Menschen auf der Grundlage der FDaG eigenverantwortlich, selbst organisierend und in Selbsthilfe Projekte voranbrächten. Die Risiken seien dagegen in dem mit diesen Freiwilligendiensten, zumal in Zeiten sozialer Streichungen, offenbar verbundenen umfassenden Regelungsinteressen zu sehen, die Engagement eher blockieren als fördern. Wichtig sei darauf zu achten, dass mit der Entwicklung

neuer Formen freiwilligen Engagements wie den FDaG nicht das, was gut ist, kaputt gemacht werde.

Frau Schaaf-Derichs bekräftigt

diese wiederholte Forderung, dass bei allen, auch bei sinnvollen und notwendigen Entwicklungen immer eine hohe Sensibilität für bestehende Strukturen zu pflegen sei. Das zeichne ja erfolgreiche und nachhaltige Organisationsentwicklungsprozesse nach den bekannten Regeln der Kunst ohnehin aus.

Herr Dr. Gallon kommt auf den Eingangsbeitrag

von Herrn Dr. Scherer und seine Kritik zurück, dass die FDaG keine Vereinbarungen unter Gleichen zuließen. Er plädiert dafür, aktiv die Möglichkeiten des Bundesprogramms zu nutzen und zu entwickeln. Und ohne einen verbindlichen Rahmen komme man nicht aus.

Herr Dr. Scherer entgegnet

dass er ja der Sache gegenüber prinzipiell nicht negativ eingestellt sei. Er sei auch nicht gegen klare Rahmenbedingungen. Die Bedingungen der FDAG müssten aber den jeweiligen Bedürfnissen der Projekte entsprechen. Dafür müssten dann ggf. auch Machtansprüche ausgeglichen und der Wunsch aufgegeben werden, alles einseitig kontrollieren und regulieren zu wollen.

Frau Andrea Brandt (Lagfa Berlin / Freiwilligenagentur Kreuzberg) spricht

als weiteres Problem die Unübersichtlichkeit der Engagementlandschaft in Berlin an. Es stelle sich die Frage, wie hier mehr Transparenz in die Landschaft gebracht werden könne, etwa durch eine Art Wegweiser: Menschen müssten die Unterschiede zwischen den verschiedenen Engagementangeboten verstehen und erkennen können. Sie stimme mit Dr. Scherer darin überein,

dass die FDaG in ein viel zu starres Korsett gezwängt worden seien; die Projekte hätten aber glücklicherweise bereits recht flexibel und kreativ reagiert. Allerdings sollten die jeweiligen Engagementformen nicht unterschiedlich mit finanziellen Mitteln versorgt werden. In diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, ob ein berlinweiter gemeinsamer Qualifizierungstopf für die Träger von Freiwilligendiensten zur Lösung von Problemen beitragen könne.

Frau Ariane Mattner (DRK Berlin-Süd-West Behindertenhilfe) stellt

das Projekt Rückenwind als Kooperationspartner im Kinder- und Jugend-Leuchtturm Berlin vor. Vor diesem Hintergrund greift sie auch die Frage nach dem Nutzen der Leuchtturmprojekte auf: Der Kinder- und Jugendleuchtturm ermögliche z.B. den weiteren Ausbau und die Weitervermittlung der Methode „Helden AG“. Die Methode unterstütze soziale Kompetenztrainings für Kinder zwischen drei und zwölf Jahren (häufig in sozial schwierigen Situationen) mit dem Ziel, soziale Verantwortung und Gewaltfreiheit zu fördern. Mit dem Leuchtturmprojekt habe man jetzt die Chance, in einem kreativen Prozess das FDaG-Programm umzusetzen. Und das Netzwerk der Leuchtturmprojekte mache wie die einzelnen Leuchtturmprojekte Sinn, und sie hoffe auf produktive Lernprozesse in Berlin. Sie sehe positiv in die Zukunft.

Herr Dr. Jochen Gollbach (Freiwilligenagentur Marzahn-Hellersdorf) bekräftigt

die von Herrn Prof. Dr. Wagner getroffene klare Unterscheidung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und dem Format „Freiwilligendienst“. Er sei froh, bei diesem Runden Tisch gewesen zu sein und plädiert dafür, diese Diskussion über den gesamtgesellschaftlichen Stellenwert des Programms FDaG zu gegebener Zeit unbedingt fortzusetzen.

Frau Schaaf-Derichs wünscht sich

abschließend noch mehr und allseitige Transparenz im Bundesprogramm *Freiwilligendienste aller Generationen*, wozu dieser Runde Tisch nach ihrem Eindruck sicher einen Beitrag geleistet habe. Vor allem aber seien alle aufgefordert, die jetzt vorhandenen Strukturen und Möglichkeiten aktiv zu nutzen und dabei insbesondere nach den eigenen Gestaltungsmöglichkeiten fragen.

Frau Minka Dott empfand die Diskussionen

sehr interessant; es sei wichtig, sie kontinuierlich fortzuführen. Und sie merkt an: Das Problem mit den FDaG sei aus ihrer Sicht weniger, dass von oben keine Macht abgegeben werde. Vielmehr dürften diejenigen, die Macht abgäben, kein Vakuum entstehen lassen und nicht vergessen, dass tragfähige Strukturen geschaffen und erhalten werden müssen, ja zwingend sind, wenn wie jetzt mit den FDaG neue gesellschaftliche Handlungszusammenhänge geschaffen werden sollen. Es gelte, die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen nachhaltig zu sichern. Und es sei dabei allerdings wenig hilfreich, wenn der Bund Programme auflege, die das Land dann einfach fortführen solle. Auch hier sei Entwicklung notwendig.

Frau Schaaf-Derichs dankt

allen Anwesenden für ihr Erscheinen und die engagiert-offene Diskussion - und lädt zu den in 2009 noch folgenden zwei Runden Tischen ein.

Bürgerschaftliches Engagement in der (Wirtschafts-)Krise Bestandsaufnahme - Perspektiven

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Patin: Rainer-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 03. November 2009, 17:00 bis 19:00 Uhr

Begrüßung durch Frau Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

Wie wirkt sich die Wirtschaftskrise auf Bürgerschaftliches Engagement und Freiwillige Tätigkeiten in Berlin aus? Welche Erfahrungen machen freiwillige Projekte und Initiativen, klein- und mittelständische gemeinnützige Akteure in der letzten Zeit, wenn sie sich um die nachhaltige Sicherung und Entwicklung der finanziellen Grundlagen einer tragfähigen Infrastruktur bemühen? Gibt es neue Konzepte und Strategien als Antwort? Was kann die engagierte Wirtschaft (noch) leisten? Welche Möglichkeiten wird Förderpolitik im Land und in den Bezirken zukünftig haben? Gibt es neue Akteure im Feld?

Frau Carola Schaaf-Derichs eröffnet in Namen

des Treffpunkts Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur den zweiten Runden Tisch 2009 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin und begrüßt herzlich den Paten, Herrn Rainer-Michael Lehmann von der FDP-Fraktion und eine wieder große Runde von Vertreterinnen und Vertreter der aktiven Bürgerschaft Berlins. Und sie dankt der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und persönlich als ihren Vertreter Herrn Ulrich Wiebusch, die seit mittlerweile schon neun Jahren, dieses besondere Engagementprojekt unterstützt, begleitet und auch mit bewertet.

Es gehe diesmal um eine Einschätzung, einen Austausch zum Thema: Welche Wirkung haben die aktuellen wirtschaftlichen Krisenentwicklungen, die ja nicht nur die Wirtschaft betreffen sondern ebenso den Bürger, die Bürgerin wie auch die großen und kleinen Non-Profit-Organisationen, welche Wirkung haben sie auf unsere Arbeit, auf das Bürgerschaftliche Engagement? Und da schwingen ein wenig mit im Raum auch die Frage nach der Rolle von Monetarisierung, von Geld, um es jetzt mal ganz direkt zu sagen, für die Möglichkeit von Bürgerengagement: Was bildet sich dabei wie im Freiwilligen Engagement wieder und ab, und das nicht nur auf der Ebene der Zusammenarbeit mit Wirtschaftspartnern?!

Herr Michael-Rainer Lehmann freut sich

über die erneute Patenschaft für einen Runden Tisch und nimmt das aus allerlei Festreden zum Bürgerschaftlichen Engagement wohlbekannte Bild vom Kitt auf, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Diesem Kitt werde nun nachsagt, dass er bröckele, dass unsere Gesellschaft auseinanderfalle: Entsolidarisierung und zunehmende soziale Differenzierung seien die bekannten Stichworte. Schon vor der aktuellen Krise seien gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten gewesen, die nicht so richtig gefallen könnten: Die hohe Arbeits-

losigkeit, die die Politik trotz aller Aufschwünge nicht nachhaltig bekämpfen konnte, habe zu sozialen Verwerfungen geführt. Ihn beunruhige insbesondere die Tatsache, dass sich die schwierige Situation Einzelner inzwischen generationsübergreifend verfestige und die Zahl der Betroffenen größer werde; er hoffe, dass die Krise diese Prozesse nicht noch weiter vorantreibe.

Schon heute erbrächten Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt wichtige Hilfen für diese Menschen, und Freiwilliges Tun sei auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen von großer Bedeutung: Müssen nun in der Krise noch mehr und größere Probleme mit weniger Ressourcen bekämpft werden? Und das, wo sich viel mehr auch engagierte Menschen als zuvor Gedanken über ihren Arbeitsplatz und ihre materielle Absicherung machen müssten. Die Frage sei, ob diese Menschen überhaupt noch genügend Zeit und Energie haben, sich für andere zu engagieren? Einfacher ausgedrückt: Haben die Mitarbeitenden bei Quelle, die vor einer ungewissen Zukunft stehen, jetzt noch den Kopf dafür, eine Fußballmannschaft zu trainieren oder den nächsten Besuch bei den von ihnen ehrenamtlich betreuten Senioren zu planen? Ihnen wäre sicherlich mit einem festen Arbeitsplatz geholfen, aber bis dahin: Wer kümmert sich um die Engagierten, die selbst Unterstützung brauchen, wer stärkt ihre Selbstsorge in unsicheren Zeiten?

Erschwerend komme hinzu, ob und inwieweit die Wirtschaft in der Krise noch in der Lage ist, ihr Engagement in der bisherigen Form aufrecht zu erhalten. Die finanzielle Situation vieler Unternehmen sei offenbar so, dass sie sich bestimmte Hilfen, Unterstützungen, Sponsorleistungen oder einfach Spenden nicht mehr leisten können, eine Entscheidung, die sicher niemand einfach treffe. Zu erwägen sei jedoch, ob die Einschränkungen nicht irgendwie kompensiert werden könnten: Sehr viele Menschen wurden im letzten Jahr in den Unternehmen nicht gebraucht, weil Aufträge ausblieben. Viele Menschen waren oder sind in Kurzarbeit. Er habe kein Konzept, stelle sich aber die Frage, ob Menschen in Kurzarbeit nicht auch sozial eingesetzt werden könnten? Hier

sei seiner Meinung nach durchaus Potential für innovative Lösungen, mit denen das Bürgerschaftliche Engagement gestärkt aus der Krise hervorgehen könnte: In der jetzigen Situation seien alle Kräfte und Potenziale zur Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts zu nutzen, zu ermutigen und zu stärken.

Es sei zwingend, die Rahmenbedingungen Bürgerschaftlichen Engagements weiter zu gestalten. Viele Ankündigungen habe es in den letzten Jahren gegeben, vieles davon wurde auch bereits umgesetzt. Mit Spannung habe er jetzt den Koalitionsvertrag angesehen und sich gefragt, was von den ja vielversprechenden Ankündigungen, etwa eines "Gesetzes zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements" oder einer "nationalen Engagementstrategie" dann tatsächlich welche Umsetzung finden wird. Jetzt aber wünsche er sich einen gelungenen und aufschlussreichen Runden Tisch, von dem nachher alle mit möglichst vielen neuen Inspirationen aufstehen werden, um das Bürgerschaftliche Engagement in Berlin weiter zu stärken; dazu nach Kräften auf landespolitischer Ebene beizutragen, sei er bereit.

Frau Schaaf-Derichs notiert

die von Herrn Lehmann aufgeworfene Frage nach einer Bürgerschaftliches Engagement stützenden Inwertsetzung von Erwerbsarbeit für die weitere Diskussion als Merkpunkt. Sie stehe in einem engen Verhältnis zu den angesichts der Krise drängenden Fragen, wer sich heute auf welcher existenziellen Grundlage überhaupt bürgerschaftlich engagieren kann, und wo und wie der Bezug gerade zur Sphäre der Wirtschaft tragfähiger zu gestalten ist. Denn es gehe ja nicht nur um die Frage: Gibt die Wirtschaft jetzt weniger Geld in der Krise? Das sei eine nicht unwichtige, aber eben nur eine Facette des heutigen Themas, es gebe noch viele mehr. Und sie begrüßt mit Sabine Werth von der Berliner Tafel als weitere Teilnehmerin eine Vertreterin eines nicht auf staatliche Unterstützung setzenden Zugangs zum Bürgerschaftlichen Engagement, für den sich das Thema Krise in eigener Weise stelle.

Herr Jo Rodejohann macht

den thematischen Einstieg und beginnt mit der tagesaktuellen Nachricht, dass die Steuerschätzer von einem weiteren Rückgang der Steuereinnahmen ausgehen und zwar zu Lasten der Länder und vor allem der Kommunen. Damit sei schon eine bedeutsame, wenn nicht die wichtigste und latent brüchige Scharnierstelle in der finanziellen (Ab-)Sicherung Bürgerschaftlichen Engagements angesprochen: Der Einbruch der den Kommunen zukommenden Körperschaftsteuer um rund 60 % signalisiere nicht nur einen sich weiter verengenden finanziellen Handlungsspielraum der öffentlichen Träger für die Unterstützung Bürgerschaftlichen Engagements, er signalisiere im Grunde auch verminderte Möglichkeiten der Wirtschaft. Das ganze Konstrukt der Anschubförderungen und Modellprojekte, der Aufforderungen an Träger und Initiativen, sich um nicht-öffentliche finanzielle Unterstützung zu bemühen, werde zumindest unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Sicherung der notwendigen Infrastrukturen Bürgerschaftlichen Engagements in einer Wirtschaftskrise zusätzlich belastet; ganz zu schweigen von der weiteren Entfaltung. Und das in einer Situation, wo von vielen Seiten auf Bürgerschaftliches Engagement zur Lösung sich verschärfender gesellschaftlicher Problemlagen gesetzt wird. Die in den letzten Jahren vielfältig geäußerte Erwartung, dass an die Stelle öffentlicher Unterstützung die Wirtschaft treten würde, bleibe offenbar, was sie schon immer war: Eine gute Hoffnung, und in Zeiten wirtschaftlicher Blüte auch manchmal eine nicht unbegründete.

Und die Stiftungen, der andere Bereich vieler guter Hoffnungen? Hier Sorge die schon Prüfung aktueller Nachrichten aus den Stiftungen für Ernüchterung: Das Fördervolumen der Stiftungen werde geringer angesetzt, offenbar sind auch deren Möglichkeiten in den kommenden Jahren von der Wirtschaftskrise nicht unbeeinflusst, teilweise werden keine Anträge mehr neu angenommen. Es werden teilweise die vorhandenen Anträge, bzw. die vorhandenen Bewilligungen nur noch abgearbeitet, keine neuen Projekte initiiert und anderes

mehr. Auch hier also ein Feld, auf dem sich schwierige Zeiten andeuteten.

Doch die Frage nach dem "Bürgerschaftlichen Engagement in der (Wirtschafts-)Krise" sei wohl verkürzt gestellt, wenn sie nur die aktuelle Situation der Wirtschaftskrise in den Blick nehme; sie gehe offenbar tiefer und sei grundlegender. Erhellend sei eine schon 2005 von Gisela Jakob im "Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit" veröffentlichte und hier etwas länger zu zitierende Bestandsaufnahme über "Infrastruktureinrichtungen zur lokalen Engagementförderung", eine auch nach immerhin weiteren fünf ins Land gegangenen Jahren unverändert nachdrückliche Leseerfahrung:

"Die Förderung des freiwilligen Engagements befindet sich in einer kritischen Situation, die maßgeblich durch die Finanzkrisen von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden verursacht ist. Zum Teil sind in Kommunen und Bundesländern bereits Zuschüsse an Vereine und Einrichtungen der Engagementförderung gekürzt worden, und es ist nicht absehbar, dass sich diese Tendenz in naher Zukunft grundlegend verändern wird. [...]

Die Situation der engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen wird entscheidend von den Finanzierungsmodalitäten bestimmt, hängt aber auch davon ab, welcher Wert den bürgerschaftlichen Aktivitäten in dem jeweiligen Gemeinwesen zugemessen wird und wie die Kommunen die Förderung von Beteiligung und Engagement in ihre politischen Strategien integrieren. [...] In Zukunft wird es [...] darum gehen, durch Dienstleistungsangebote, Spenden und Sponsoringmittel oder auch durch neue Kooperationen mit Bürgerstiftungen und Fördervereinen unabhängiger von öffentlicher Förderung zu werden. Der Aufbau solcher Finanzstrukturen ist allerdings ein langfristiger Prozess und wird öffentliche Mittel sicherlich nicht vollständig ersetzen. Hinzu kommt, dass die Finanzierung der Engagementförderung durch Kommunen und Länder auch Ausdruck einer Wertschätzung ist, mit der die Bedeutung des Engagements für das jeweilige Gemeinwesen unterstrichen wird.

Sowohl aus finanzieller Perspektive als auch aus fachlicher Sicht wird es darauf ankommen, neue gesellschaftlich relevante Themen und Probleme aufzugreifen und Vorschläge zu deren Bearbeitung zu entwickeln. Was ein Teil der engagementfördernden Einrichtungen bislang mit der Durchführung von Projekten in Kooperation mit Schulen, Alteneinrichtungen oder Unternehmen bereits praktiziert, wird zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Damit rückt die Frage ins Zentrum, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement für die Bewältigung zentraler gesellschaftlicher Probleme erbringen kann, die aus dem demografischen Wandel, aus Migrationsprozessen, aus Arbeitslosigkeit oder aus grundlegenden Veränderungen in den Familien- und Lebensformen resultieren. Bislang erscheint das Engagement häufig noch als etwas Zusätzliches, das nicht wirklich gebraucht wird und dessen Förderung man sich leisten können muss. Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche und neuen Herausforderungen wird allerdings die Frage drängender, welche Rolle Bürgerengagement und Bürgergesellschaft bei der Unterstützung und Betreuung älterer Menschen, bei der Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Unterstützung von Familien und Jugendlichen oder auch im Bereich der Stadt- und Gemeinwesenentwicklung übernehmen kann. Damit bürgerschaftliches Engagement dabei nicht in die Position eines ‚Lückenfüllers‘ zur Kompensation nicht mehr finanzierbarer öffentlicher Leistungen gerät, ist darauf zu achten und immer wieder neu auszuhandeln, wie das Engagement in (kommunal-)politische Strategien insgesamt eingebunden ist, wie dabei das Verhältnis zwischen Kommunalpolitik und –verwaltungen sowie den Bürgern gestaltet ist und ob damit auch neue Teilhabe- und Mitsprachemöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger eröffnet werden."

Auf dem weiten Feld Bürgerschaftlichen Engagements ist nach dem Eindruck von Herrn Rodejohann offensichtlich zur Zeit sehr viel Bewegung, aber ob diese immer in Richtung von Bürgerschaftlichem Engagement zuträglichen Lösungen gehe, sei offenbar eine berechtigte Frage. Sie stelle sich angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise nur drängender. So gebe es etwa, das als letzte Anmerkung, auch eine zunehmende Verschränkung, ein Ineinander gehen, eine allseitige Entgrenzung von bezahlter Erwerbstätigkeit, von gering bezahlter

Erwerbstätigkeit, von Pflichtdiensten über den Wehrdienst hinaus, von unbezahlter Arbeit und von freiwilliger Arbeit, aber um welchen Preis?

Frau Schaaf-Derichs fragt in die Runde,

wie sich diese hier angerissenen strategischen Zusammenhänge in der alltäglichen Arbeit in den Einrichtungen, im Projekt, in der Arbeit der bürgerschaftlich Aktiven in den Rollen als Geschäftsführungen, als Projektleitende oder wie auch immer niederschlagen. Und damit zusammenhängend: Wie werthaltig könne eigentlich Bürgerschaftliches Engagement gesehen werden, lasse es sich tatsächlich mit sogenannten Monetarisierungsberechnungen fassen, wie sie jetzt etwa auf EU-Ebene unternommen würden? Könnten solche Rechnungen ein Beitrag zur Lösung der Probleme sein, zum Beispiel so, wie seinerzeit in den Niederlanden versucht: Dort hätten schon vor 25 Jahren Stiftungen in dem Bemühen, staatliche Förderungen zu erhalten, den Nutzen Bürgerschaftlichen Engagement in Geldwerten zu berechnen versucht!?

Herr Peter Stawenow (Sozialwerk Berlin) nimmt den Ball auf

und macht grundlegende Anmerkungen, um die Risiken und die Chancen, die auch in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wie in jeder Krise liegen würden, richtig zu sehen, um dann angemessen mit ihnen umgehen zu können: Wichtig sei dafür erst einmal die Beobachtung, dass zur Bewältigung der Krise nicht einfach zum ersten Januar 2010 radikal der Rotstift angesetzt werde. Die Reaktionen würden zeitversetzt kommen, also gehe es auch darum, diesen „Zeitgewinn“ für die Suche nach Alternativen und Lösungen zu nutzen.

- Ein erster Ansatzpunkt in diesem Prozess sei der bekannte "Bericht der Enquetekommission zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements". Man sollte dahinter nicht zurückgehen, was schon mal entschieden worden sei oder wo man schon mal eine gemeinsame Einschätzung gehabt habe: Wie weit ist die Umsetzung geraten? Was ist abgearbeitet und

was ist noch zu tun? Man sei immer gut beraten, an alte Verabredungen zu erinnern.

- Ein weiterer Ansatzpunkt liege im aktuellen Konjunkturpaket der Bundesregierung und der Länder: Wie viel ist den aus den Konjunkturpaketen auch für den Dritten Sektor zur Verfügung gestellt worden - also für freie Träger, für Verbände und Vereine? Was wäre da noch möglich, die Ressourcen, die für die Krisenbewältigung eingesetzt werden, auch für die Gemeinwohlziele des Bürgerschaftlichen Engagements zu nutzen?
- Das sei im Übrigen nicht nur eine Frage öffentlicher Förderungen und Zuwendungen; auch die freien Träger und Kirchen seien in der Pflicht. Was können sie tun? Auch freie Träger seien in den letzten Jahren zu gemeinnützigen GmbHs, zu Wirtschaftsunternehmen aufgestiegen, die auch Erträge erzielt hätten, die sie wieder im Sinne der Gemeinnützigkeit einzusetzen haben. Auch dort habe jeder einzelne Träger nochmal zu schauen, was an eigenen Ressourcen noch erschlossen werden könne - anstatt dass der Weg beschritten werde, Projekte und Vorhaben, die sich nach Auslaufen öffentlicher oder sonstiger Förderungen nicht mehr rechnen, einfach abzustoßen. Auch hier sei Kreativität und Initiative gefragt.
- Ein weiterer Ansatzpunkt liege in der Infrastruktur für Freiwilliges Engagement. Es sei in den letzten Jahren sehr viel entstanden, was auch gut sei. Aber man müsse schon fragen, wie das, was bisher an Infrastruktur entstanden ist, in eine gute Systematik gebracht werden könne, koordiniert und abgestimmt. Dazu gehörten auch die bekannten Fragen nach Gleichbehandlung in der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements wie etwa die sogenannte Übungsleiterpauschale.
- Ihn bewege auch die Frage, wer denn eigentlich bestimme, wofür Steuergelder wie eingesetzt werden? Wäre es sinnvoll, das System vom Kopf auf die Füße zu stellen, einfach mal zu überlegen und zu sagen: Soll doch jeder Bürger - ob nun ein Prozent oder zwei Prozent ist da egal - selber entscheiden, wofür dieses Geld zur Verfügung gestellt wird. Jedenfalls wäre dies einer Diskussion wert.

Frau Schaaf-Derichs dankt

Herrn Stawenow herzlich für seine Bemerkungen, allein schon die zuletzt auf-

geworfene Frage nach den gesellschaftlichen Prioritäten, nach denen in der Politik knappe Steuermittel verausgabt würden, lasse niemanden kalt und wäre sicher schon einen eigenen Runden Tisch wert. Damit verknüpft sei auch die spannende Frage nach den Möglichkeiten von Eigenwirtschaft, von genossenschaftlichen Lösungen für gesellschaftliche Problemlagen diesseits der Fixierung auf nur staatliche Lösungen, alles weitere zu beackernde Felder in der Landschaft Bürgerschaftlichen Engagements.

Herr Hannes Jähnert (Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland) kommt

auf die Frage nach dem Geld zurück, dass nicht nur auf staatlicher, sondern auch auf wirtschaftlicher Seite fehlen wird: Aber Freiwilliges Engagement brauche finanzielle Grundlagen, vor allem für eine vernünftige Anerkennungskultur, für eine im größeren Rahmen hauptamtliche Basis und für vieles, vieles mehr. Dann müssten aber auch die Aktivitäten so kommuniziert werden, dass man das Geld bekomme. Im ganzen Dritten Sektor werde zu wenig darüber geredet, was denn da alles Tolles passiert und viel zu wenig darüber, dass Bürgerschaftliches Engagement tatsächlich der Kitt der Gesellschaft ist. Deswegen sei es auch sinnvoll, dieses Engagement monetär zu bewerten. Das nenne sich "social return of investment" und besage eigentlich, dass jeder Euro, der in Freiwilliges Engagement investiert wird, beispielsweise wieder 6-7 Euro einspart an sozialen Leistungen, die sonst der Staat zu erbringen hätte oder die Wirtschaft zu finanzieren. Freiwilligenorganisationen müssten sich so aufstellen, dass es weh tue, wenn sie fehlen würden. Wenn dann die Mittel gekürzt werden, wenn die Träger wegfielen, dann müssten es alle merken und laut schreien. Viele Organisationen dächten nicht so weit und wunderten sich, dass es überhaupt keinen interessiere, wenn sie plötzlich weg seien - obwohl sie ganz, ganz tolle Arbeit gemacht haben. Aber wenn man mit solchen Gedanken ran gehe an diese Krisensituation, die ja da ist - denn es werde Geld fehlen - dann könne man sich als Freiwilligenorganisation auch besser behaupten. Dazu

gehöre aber die selbstbewusst öffentliche Darstellung der eigenen Leistungen.

Frau Schaaf-Derichs schließt

an den eindringlichen Appell, die eigene Leistung nicht unter den Scheffel zu stellen und sich so für Politik und Wirtschaft "attraktiv", ja unverzichtbar zu machen, die Frage an, wer denn eigentlich "Wirtschaft", wer "Politik" sei im Bürgerschaftlichen Engagement? Einige in der Runde hätten von vornherein nicht auf eine öffentlich finanzierte Strategie gesetzt, nicht nur die Tafel. Aber so einfach sei das dann offensichtlich auch nicht, es gebe in der Regel vielmehr öfters Gemengelagen, die stimmen für dieses Jahr und könnten sich dann auch wieder ändern, und auch die Finanzierungsanteile blieben nicht gleich. Also was sind belastbare Strategien, um ein gutes Werk, eine gute Arbeit auch gut aufzustellen? Welche Rolle spielt die Wirtschaft, welche die "Politik" jetzt, welche könnten sie künftig spielen? Brauchen wir eine Eigenwirtschaft? Müssen wir auch - sozusagen Methode Eichhörnchen - gut vorbauen, also sammeln in den guten Jahren und dann abarbeiten, abtragen in den schlechten Jahren? Das wären einige Facetten mehr, die sie gerne noch einbringen wolle.

Frau Christiane Richter (Seniorpartner in School) stellt sich

als Vertreterin einer der Organisationen vor, die ohne jede öffentliche Förderung gestartet sei und erstmal vier Jahre die Realisierbarkeit der Gründungsidee nachgewiesen habe. Nach neun Jahren im Feld sei der Nachweis erbracht, das Projekt sei bundesweit erfolgreich, aber es sei unverändert schwierig, auch nur minimalste öffentliche Förderungen für eine tragfähige Infrastruktur der Organisation zu erlangen, auf Bundes- wie auf Landesebene. Sie habe mal ausgerechnet, wie viel geldwerte Leistungen allein in Berlin durch die 200 ehrenamtlichen Kräfte erbracht werden, die 32 Wochen im Jahr für 10 Stunden für die Schülerinnen und Schüler aktiv sind. Das ist ein enor-

mer geldwerter Vorteil für das Land Berlin. Sie sei zu dem Schluss gekommen, dass im System der öffentlichen Förderung Bürgerschaftlichen Engagements nicht nur einzelne Stellschrauben verändert werden sollten, sondern ein grundlegend neuer Ansatz notwendig sei. Jetzt schiebe man mit der längstens dreijährigen Förderung immer wieder neue Projekte an, aber ein Großteil verblühe einfach nach Ende der Förderung. Sie könne sich vorstellen, dass eine Erstförderung auf drei Jahre angelegt sei, aber bei Erfolg je nach gesellschaftlichem Bedarf auch längerfristige Unterstützung möglich sein sollte. Dabei biete der demografische Wandel gerade hinsichtlich des Engagements Älterer heute eine gute Chance, längerfristig zu planen.

Frau Schaaf-Derichs bedauert

ebenfalls, dass so wie die Dinge liegen im Bürgerschaftlichen Engagement häufig nicht das nachhaltige Entwickeln und Wirtschaften im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, sondern das ständige in Wert setzen neuer Dinge und die Werbung dafür. Die Frage sei aber, ob die im Bürgerschaftlichen Engagement Aktiven dann nicht selber die gesellschaftlich wichtigen und anstehenden Aufgaben bestimmen sollten, sagen: Das ist jetzt wichtig, wir kümmern uns (auch) um diese Knackpunkte der Gesellschaft, und wir machen deutlich, wohin die Reise für alle langfristig gehen kann. Denn rechtlich verbindlich vorgeschrieben, etwa die Begleitung des demografischen Wandels, ist ja bisher keine der Aufgaben - und von der Finanzierung her sind das alles freiwillige Leistungen. Und das hindere niemanden, dann auch den Staat und andere anzufragen, hier neue Fördermodelle zu entwickeln; und dabei gehe es um mehr als die wichtige und gerade vom Deutschen Verein einmal mehr angestoßene Diskussion über die Vereinfachung des Zuwendungsrechts. Zwar sei jetzt die Runde beim nah verwandten Thema Finanzierung angekommen, das aber offensichtlich nur die andere Seite der Medaille des heutigen Themas darstelle: Denn wer wirtschaften will, muss auch finanzieren können.

Herr Rodejohann möchte

gerne für die weitere Diskussion noch ein wenig wider den Stachel löcken: Ihm sei aufgefallen, wie in der Runde fast selbstverständlich aus der Position eines "Wir" argumentiert werde. Aber wer sei eigentlich "Wir" in den auch in Berlin mittlerweile weiten und reich gegliederten Landschaften Bürgerschaftlichen Engagements?

- Frau Richter habe berichtet, wie schwer es für sie sei, für eine dauerhafte Finanzierung der notwendigen Infrastruktur ihres Projektes jährlich 60.000 € aufzutreiben. Aber andererseits gebe es Felder im Bürgerschaftlichen Engagement, auf denen diese Summe kein Problem wäre. Wer entscheide darüber, was wichtig ist, was nicht wichtig ist?
- Herr Stawenow habe die großen Wohlfahrtsträger angesprochen, die sich in den letzten Jahren zu Sozialunternehmen entwickelt haben. Sie hätten, so Stawenow, ja durchaus Erträge erwirtschaftet. Es stelle sich die Frage, ob diese Unternehmen nicht in der Krise aber auch grundsätzlich als gemeinnützige Unternehmen verpflichtet seien, selbst solche Arbeitsbereiche abzusichern, die sich nicht rechnen, die sich sogar nicht rechnen können, wie etwa Schuldnerberatung und anderes mehr; stattdessen sei aber zu beobachten, dass die Träger aus den sich nicht rechnenden Aufgabenfeldern herausgehen. Was laufe da eigentlich, sei zu fragen, denn längst sei Freiwilliges Engagement ja als unbezahlte Arbeit selbstverständlicher Teil der unternehmerischen Konzepte dieser Einrichtungen geworden?
- Thüringen habe gerade ein Gesetz verabschiedet über eine sogenannte Ehrenpension für Freiwillige Feuerwehrleute. Hier solle mit öffentlicher Unterstützung eine eigene Pensionskasse aufgebaut werden, um dieses zu finanzieren. Die Frage sei nun nicht, ob eine solche Ehrenpension berechtigt sei, dafür gebe es nachvollziehbare Gründe; es gehe um schleichende, um interessengestützte Differenzierungsprozesse im Bürgerschaftlichen Engagement, die unterschiedliche Wertigkeiten freiwilliger Tätigkeiten begründeten.

Ähnliche Beobachtungen seien auch in der Stadtentwicklung oder der Alten-

pflege zu machen. Offensichtlich sei mittlerweile immer sehr genau hinzuschauen, wenn allgemein von Bürgerschaftlichem Engagement gesprochen werde: Es sei für erfolgreiche Strategien aus seiner Sicht zwingend, die vielen in den letzten Jahren gewachsenen (und teilweise auch problematischen) Differenzierungen und Entgrenzungen mit in den Blick zu nehmen, wenn nach Entwicklungspotenzialen und Problemlösungen für Freiwilliges und Bürgerschaftliches Engagement gesucht werde.

Herr Andreas Kessel (Landesverband Schulischer Fördervereine Berlin) hat

hinsichtlich der Politik die Erfahrung gemacht, dass man schon Glück habe, wenn man ein "Ja macht mal" hört. Das sei es aber auch schon. Es sei mühsam, mit irgendeinem etwas höher Gestellten einen Termin zu kriegen. Das sei dann letztlich auch eine Frage der mangelnden Wertschätzung einer wichtigen und auch wertvollen freiwilligen Arbeit, die die schulischen Fördervereine leisten. Diesen Mangel an gesellschaftlicher und politischer Wertschätzung für das alltägliche, eher unspektakuläre, stille Bürgerschaftliche Engagement beobachte er auch an vielen anderen Stellen, etwa in der Altenpflege oder eben in der Arbeit der vielen schulischen Fördervereine.

Frau Schaaf-Derichs dankt

Herrn Kessel sehr für die eindrücklichen Schilderungen einer mangelnden Anerkennungskultur und verweist auf die Lernpotenziale, die hier im Vergleich zu anderen Ländern offenbar noch schlummern.

Herr Jens Meißner (Sozialamt Treptow-Köpenick) erinnert

daran, wie in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts das entstanden ist, was sich heute als breit entfaltende Engagementlandschaft in der Stadt spiegelt: Damals seien nicht einzelne Projekte auf der Suche nach öffentlicher

Förderung in die Verwaltung gekommen. Stattdessen habe die zuständige Verwaltung einen Packen von 120 Förderanträgen aus der Alternativ- und Selbsthilfeszene auf den Tisch bekommen, wo jedes Projekt einen ganz konkreten Antrag gestellt und dargestellt habe, anhand einer Konzeption, was sozial notwendig sei, was es für eine Mindestfinanzierung geben müsse - und unterm Strich standen 50 Millionen. Und damit sei der Vorgang in der Stadt zu einem Politikum geworden - und hinterher habe es tatsächlich für diesen Bereich 10 Millionen gegeben, die dann Herr Fink beim Abgeordnetenhaus mit verschiedenen Begründungen tatsächlich für diesen Bereich herausgeholt habe. Und so müsste es auch heute gemacht werden. Er wäre sehr überrascht, gäbe es in Berlin eine Initiative von 50 oder 100 Projekten, die im Bereich Bürgerschaftlichen Engagements tätig sind, wenn diese von der Politik in diesem Hause nicht gehört werden würden. Einen anderen Weg werde es nicht geben, aber der sei für Berlin bitter nötig, als dass sich die Träger Bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt verbünden, Konzepte aufschreiben, kalkulieren, was gebraucht wird und dann gemeinsam politisch auftreten und sagen, das ist notwendig und wenn dann noch gesagt werde, was es für die Gesellschaft bringt, könne das nur hilfreich sein.

Frau Sabine Werth (Berliner Tafel) ist

manche Diskussion fast ein wenig leid: Sie fühle sich als Teil dieses Landes und als Teil dieses Landes habe sie eine Verantwortung. Und diese Verantwortung übernehme sie und da sei es ihr völlig egal, ob irgendjemand dafür ein Konzept hat, ob man dafür Geld beantragt oder ob irgendjemand Geld gibt. Sie müsse das, was sie wolle, so aufbauen, dass es irgendwie funktioniert. Konzepte zu entwickeln und Gelder von der Politik zu beantragen, sei sicher eine Sache, die erstmal ziemliche Unruhe stiften würde. Aber sie wisse nicht, ob es so viel bringe. Sie sei jedenfalls sehr froh, dass die Tafel in Berlin weder von politischen Zuwendungen noch von der Wirtschaft abhängig sei. Die Tafel lebe

von Kleinstspenden. Täglich hole sie zehn Seiten Kontoauszüge von der Bank, weil 5 Euro, 2,75 Euro, 6 Euro überwiesen wurden, aber das summiere sich und das könne sie nur empfehlen. Und tunlichst zu vermeiden sei, immerzu Hilfe von Anderen zu fordern. Wichtig sei es nach ihrer Erfahrung, sich immer wieder die eigene Stärke klar zu machen - und die Bedeutung der eigenen Arbeit für die Gesellschaft, aber auch für die Volkswirtschaft. Dann könne wirklich Großes erreicht werden auch ohne irgendwo Geld zu beantragen und immerzu zu hoffen, dass irgendwo was herkommt.

Frau Schaaf-Derichs fragt

zum Auftakt der Abschlussrunde des Tisches nach den von Herrn Lehmann eingangs angesprochenen Schnittstellen zwischen Freiwilligem Engagement und Erwerbsarbeit in den aktuellen Krisenentwicklungen, nach einer Bürgerschaftliches Engagement stützenden Inwertsetzung von Erwerbsarbeit auf der Schnittstelle Haupt- und Ehrenamt, die vielleicht nochmal näher betrachtet werden sollte.

Frau Minka Dott (MdA, Fraktion Die Linke) geht

davon aus, dass die gesellschaftlichen Bedingungen in den nächsten Jahren schwieriger werden. Es werde weniger Geld fließen und das werde sich natürlich auf die Rahmenbedingungen auswirken, die die Länder Ehrenamtlichem Engagement bieten können. Deren Gewährleistung sei Aufgabe der Gesellschaft, denn Ehrenamt lebe nicht nur von Luft und Liebe. Sie habe die Anmerkungen von Frau Werth zur Tafel sehr gut nachvollziehen können, aber aus ihrer Sicht sei das ein Sonderfall: Denn da werde für eine ganz konkrete, gesellschaftlich missliche Situation gespendet, die Menschen wüssten ganz genau, wofür sie das Geld geben und wo es hin fließt. Das sei gut so und nur so, glaube sie, kriege man auch konkret Sponsoren an die Hand und überhaupt Geld, das nicht vom Staat komme; aber sie glaube nicht, dass das eine Lösung für

alle ist. Aber es sei eine Lösung, die man nicht aus dem Auge verlieren dürfe.

Aus ihren eigenen Erfahrungen mit den Mühen der Ebenen um den Erhalt eines soziokulturellen Zentrums berichtend halte sie allerdings auch die von Herrn Meißner vorgeschlagene Lösung nicht für den Königsweg. Man könne natürlich schreien, Bezirksamt hilf und dann vielleicht einmal mehr Unterstützung bekommen, doch wie lange?! Auch könnte es nicht darum gehen, dass Politik einfach eine Summe bereitstellt und dann sagt: Seht zu, wie ihr mit der Summe klar kommt. Da gehe es nicht nur um Geld, sondern auch um Recht und da gebe es dann auch Regelungen; also so eine Forderung, wir fordern jetzt vom Land - sie sei da jetzt wieder mal Landespolitikerin - einen Topf, meinetwegen zehn Millionen oder eine Million, egal, und die verteilen wir dann, das funktioniere so nicht. Aus ihrer Sicht komme es darauf an, im aktiven Umgang mit den vorhandenen Bedingungen mit allen Beteiligten jeweils vor Ort Lösungen zu finden, und dazu gehörten dann auch Konzepte und Vereinbarungen. Um auf diesem Weg voranzukommen seien Runde Tische wie dieser sinnvoll; nicht um am Ende mit einem Programm nach Hause zu gehen, sondern um Erfahrungen zu sammeln, um sich zu vernetzen. Sie sei überzeugt, dass Bürgerschaftliches Engagement die Auseinandersetzung mit den schwieriger werdenden finanziellen Bedingungen nur erfolgreich bestehen könne, wenn sich die Aktiven kennenlernen, aktiv austauschen und sich dann gemeinsam, nachbarschaftlich und konzeptionell abgestimmt neuen oder auch alten Aufgaben zuwenden. Da würde sie gerne einen Beitrag leisten.

Herr Ulrich Wiebusch (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) ist erleichtert,

weil Frau Dott ihm ein wenig aus dem Herzen und zu recht angesprochen habe, dass der Staat für die Rahmenbedingungen Bürgerschaftlichen Engagements zuständig sei: Auch aus der Sicht der Verwaltung sei Freiwilliges Engagements nicht umsonst zu haben und Staat und Politik könnten auch nicht aus

der Pflicht zur Daseinsvorsorge entlassen werden. Deshalb seien die Grundvoraussetzungen für die Entfaltung Bürgerschaftlichen Engagements auch aus Steuermitteln zu finanzieren. Das spreche nicht gegen kreative Lösungen wie sie engagiert von Frau Werth beschrieben wurden, aber das seien Sonderwege, die - wo machbar - natürlich nicht zu kritisieren seien.

Zur Klage wegen der für Modellprojekte typischen befristeten Förderungen merkt Herr Wiebusch an, dass dieses Strukturproblem der staatlichen Förder-systematik und den daraus folgenden Verhältnissen zwischen Bund, Ländern und Kommunen geschuldet sei. Aber da seien Dinge in Bewegung gekommen, ein Rechtsgutachten werde erwartet, das auch Fragen der Infrastrukturförderung in Ländern und Kommunen durch den Bund prüfe; und für 2010 sei die Entwicklung einer Nationalen Engagementstrategie angekündigt. Umgesetzt seien auch rund 50 Prozent der Empfehlungen der Enquete-Kommission zum Bürgerschaftlichen Engagement von 2002. Es sei also einiges noch auf dem guten Weg, auch wenn die Krisenanzeichen (erwartete Steuerschätzungen u.a.) stärker würden. Zusammengefasst: Ziele und Erwartungen der Zivilgesellschaft an die Politik klar zu formulieren erscheine ihm auch in der aktuellen Krisensituation ein unverändert tragfähiges politisches Konzept.

Frau Schaaf-Derichs sieht hier

die aktuell möglichen Optionen zusammengefasst und berichtet aus der AG Öffentlichkeit des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE): Die dortige Diskussion über die geplante Nationale Engagementstrategie habe deutlich gemacht, dass es in der Tat darauf ankomme, durch größtmögliche Beteiligung der Akteure in einem zivilgesellschaftlichen Dialog gemeinsam Politikfelder zu gestalten; wie weit es dazu kommen werde, sei aber noch offen. Wenn die bürgerschaftlich Engagierten diese Herausforderung jedoch nicht annehmen, den Stier nicht selbst bei den Hörnern packten, würden sie halt eine Strategie verordnet bekommen.

Frau Richter antwortet auf

Herrn Meißner. Er habe unerwähnt gelassen, dass vor allem die großen Organisationen über den Ligavertrag unterstützt würden, Bürgerschaftliches Engagement zu realisieren. Aber sie möchte auch nicht jammern, dass die kleinen Organisationen ein schwereres Leben hätten: Sie habe die Erfahrung gemacht, dass eine überzeugende und überzeugte Darlegung der eigenen Ziele auch Fördermittel freisetzen könne. Allerdings koste das viel Zeit und Kraft, die sinnvollerweise für inhaltliche Arbeit eingesetzt werden sollte. Und an Frau Werth gewandt, deren Arbeit sie sehr schätze: Es gebe Aufgaben in der Gesellschaft, die sich nicht aus sich selbst heraus finanzieren (könnten). Da seien Gesellschaft (in der Rolle des Steuerzahlers) ebenso wie politisch Verantwortliche gefordert, über eine Finanzierung nachzudenken; und es gehe auch um die Frage, ob die alten Methoden und Modelle auch die tragfähigen Lösungen für die Zukunft sein könnten, denn sie blicke in die Zukunft nicht nur unter dem Aspekt der Krise sondern auch der demografischen Entwicklungen: Wie ist auch in dreißig Jahren noch Bürgerschaftliches Engagement möglich?

Frau Schaaf-Derichs möchte die Diskussion

gerne aus der Fixierung auf jeweils einen strategischen (Finanzierungs-)Ansatz gelöst wissen: Sie habe für den Berliner Freiwilligentages viel von Frau Werth gelernt, auch, dass unterschiedliche Partner zu suchen, dass diese jeweils spezifisch anzusprechen seien; und dass dann je nach Ziel maßgeschneiderte Lösungen gesucht und professionell umgesetzt werden müssten. Das heiße ja nicht, den Staat aus seinen Pflichten zu lassen, wobei es auch nicht nur um finanzielle Ressourcen gehe sondern auch um andere Formen der Unterstützung Bürgerschaftlichen Engagements; zum Beispiel politische Rückenstärkung, wie sie heute von Frau Dott und auch Herrn Lehmann gekommen sei. Es seien (In-)Strukturen Bürgerschaftlichen Engagements entstanden (Stichworte: Qualifizierung, Zertifizierung, Professionalisierung, Verberuflichung, Sozialunter-

nehmen), die nach komplexeren Lösungen im Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft als in der Vergangenheit suchen.

Herr Jähnert betont angesichts

der Forderungen nach einer wirtschaftlicheren Aufstellung von bürgerschaftlich engagierten Organisationen des Dritten Sektors, die er teile, dass es aber einen grundlegenden Unterschied gebe: nämlich den politischen Anspruch, den diese Organisationen mit ihren Aktivitäten verknüpfen; und der führe zu einem Spagat in den Zielen, der praktisch nur schwer zu bewältigen sei.

Frau Werth will ganz klar sagen,

worum es ihr geht, nämlich dass sich die bürgerschaftlich Engagierten in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive sehen müssten, nicht in irgendwelchen Gegnerschaften, sondern in klaren Verortungen als Teil des Ganzen. Um das zu illustrieren: Die Berliner Tafel nehme ganz bewusst keine öffentlichen Gelder, weil diese unter den gegebenen Bedingungen irgendwo auch wieder weggenommen würden. Das meine sie mit der erforderlichen gesellschaftlichen Verortung. Und es gehe auch um die Möglichkeit, immer wieder sagen zu können: So geht das nicht. Macht resultiere nicht daraus, hier was fordern oder da was fordern, sondern das zu tun, was notwendig ist - und daraus, dass die Gesellschaft dieses Engagement brauche. Damit werde Politik überhaupt nicht aus ihren Sorgepflichten gelassen: Sie sei persönlich immer diejenige, die am Lautesten schreie, wenn wieder einmal Menschen, die zur Tafel gehen, die Unterstützungsbezüge gekürzt werden sollen. In solchen Momenten gegenzuhalten und dazu auch tatsächlich in der Lage zu sein, das zu schaffen sei ein ganz wichtiger politischer Auftrag Bürgerschaftlichen Engagements. Dafür sei es notwendig, immer wieder andere vom eigenen Tun zu überzeugen; und das könne eigentlich nur schaffen, wer davon selbst überzeugt ist. Und genau hier liege die Stärke und Macht Bürgerschaftlichen Engagements.

Frau Schaaf-Derichs mag nicht leugnen,

dass wer etwas wolle auch stark sein und das auch sein wollen müsse - und findet es sehr bemerkenswert, wie der Diskurs am Tisch seinen Ausgang bei der Krise genommen habe und nun bei der Stärke Bürgerschaftlichen Engagements angelangt sei: Beim Selbstbewusstsein der bürgerschaftlich Engagierten, das aus der Bedeutung des eigenen Tuns für die Gesellschaft wächst, aus seiner politischen Bedeutung. Es gehe darum, mit großer Klarheit das eigene Wirken als Organisation, als Einrichtung, als Initiative in seinem besonderen gesellschaftlichen und politischen Wert zu sehen (und zu setzen). Die gemeinsame Stärke, die in der Verfolgung des dem Bürgerschaftlichen Engagement eigenen politischen Ziel des guten Zwecks, des sozialen Nutzens liege, woran Herr Jähnert erinnert habe, sei nicht aus den Augen zu verlieren und solidarisch zu nutzen, besonders, wenn es in den absehbaren Krisenzeiten hart auf hart komme. Nicht um Königswege gehe es, sondern darum, auf vielen Wegen dem gemeinsamen Ziel näherzukommen - und die Erfahrungen dabei an Runden Tischen wie diesem hier auszutauschen. Und damit übergibt Frau Schaaf-Derichs das Wort noch einmal an den Paten.

Herr Rainer-Michael Lehmann hat sich

viele Stichworte aufgeschrieben und ansonsten als Pate seine Rolle eher im Zuhören gesehen, für Politiker vielleicht etwas untypisch; aber er habe auch einige Anmerkungen zur Runde:

- Krise: Er frage sich, ob wir tatsächlich eine Krise haben oder ob die Krise vieler Orts nicht nur herbeigeredet werde? Die Arbeitsmarktzahlen in Berlin etwa stützten bisher eine solche Wahrnehmung nicht, auch wenn sicher zu berücksichtigen sei, dass hier Berlin sich auf einem schon länger hohen Niveau bewege.
- Steuern: Das sei ein abendfüllendes Thema, das von Herrn Rodejohann eingangs angesprochen worden sei. Als relativ neu gewählter stellver-

tretender Bundesvorsitzender der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker aber wisse er, dass die Kommunalpolitiker in den Städten und Gemeinden das natürlich ganz anders als die Bundesebene sehen und sich fragen, welche Auswirkungen Steuerentlastungen auf die Kommunen haben; auch das wird noch eine spannende und lange Diskussion werden.

- **Aufschrei:** Den Vorschlag, die Träger Bürgerschaftlichen Engagements im Lande sollten sich so aufstellen, dass ein Aufschrei durch die Stadt gehe, wenn sie nicht mehr da seien, finde er richtig. Gerade im ehrenamtlichen Bereich sei man häufig viel zu bescheiden, rede über seine Arbeit nicht und stelle sie auch nicht so dar, dass ihre Bedeutung gesehen werde. Er habe schon öfters gesagt: Wenn alle Ehrenamtler in der Stadt einen Tag mal ihre Arbeit niederlegen würden, da würde man erstmal sehen, was alles nicht mehr funktioniert in dieser Stadt.
- **Unternehmen:** Vielleicht würde das auch helfen, das Bewusstsein von Unternehmen für die Unterstützung Bürgerschaftlichen Engagements zu stärken. Er habe gerade bei der Schirmherrschaft für eine neue Veranstaltungsform ("Musik mit Herz", ein kulturelles Programm für Pflegeeinrichtungen) beobachtet, wie schwierig die Sponsorenwerbung ist. Dann komme schnell die Frage: Was bringt das denn unseren Unternehmen, wenn wir jetzt für den sozialen Bereich da aktiv sind? Hier sei noch manches zu tun und sicher auch möglich.
- **Landeshaushalt:** Da zeige sich schnell der Bezug zur aktuellen Krise der Haushalte. Häufig reichten nach seinen Erfahrungen die Anschubfinanzierungen und kleinen Zuwendungen, die möglich seien, nicht wirklich für ein Projekt aus; immer wieder führten Kürzungen aber auch gleich zum Wegfall ganzer Projekte. Da sei manchmal die Sicherung des Vorhandenen schon ein Erfolg, und es werde dann deutlich, wie dünn die Decke schon heute ist.
- **Projektförderung:** Hier habe er den Eindruck, dass die Hinweise von Herrn Stawenow ernst genommen werden sollten. Ein genauerer Blick auf die Landschaft tue not, und in Richtung Ligavertragspartner: dass man mal individueller hinschauen sollte, was die Projekte mit welchem Erfolg machen und nicht immer nur die Großen fördere, was er häufig beobachtet habe; manchmal gehe dadurch das eine oder andere kleine

Projekt den Bach runter.

- Engagementförderung: Besonders wichtig sei ihm, dass Leute sich auch dann weiter ehrenamtlich engagieren (können), wenn sie berufliche Sorgen haben. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, der Menschen zwar wieder in Beschäftigung bringt, was sehr, sehr wichtig sei, aber die Frage nicht beantworte, wie die Reise nach den zwei Jahren weiter gehe, reiche nicht aus. Wenn man den Menschen weiter keine Perspektive bietet, sie in sozialer Unsicherheit halte, dann werde es auch schwierig mit dem Bürgerschaftlichen Engagement. Wie er schon eingangs gefragt habe: Wer kümmert sich um die Engagierten, die selbst Unterstützung brauchen, wer stärkt ihre Selbstsorge in unsicheren Zeiten?

Frau Schaaf-Derichs dankt

dem Paten dieses Runden Tisches, Herrn Lehmann, dafür, dass er zum Schluss nochmal den Zusammenhang zwischen Lebenssituation und Engagement angesprochen habe, ebenso der Patin des ersten Runden Tisches in diesem Jahr, Frau Minka Dott, für ihr Engagement auch an diesem Tisch, und allen in der Tischrunde für die wieder ganz, ganz aktive Diskussion. - und ganz besonders herzlich Frau Elke Korge als freiwillig Engagierte aus dem Team des Treffpunkts Hilfsbereitschaft einmal mehr für die zuverlässig-sorgfältige Obacht auf die vielen kleinen Dinge, ohne die ein Runder Tisch nicht gelingen könne.

Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement Eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 23. November 2009, 17:00 bis 19:00 Uhr

Begrüßung durch Frau Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

Zum ersten Runden Tisch des Jahres 2004 hatte die seinerzeitige Patin, Frau Ülker Radziwill, zur „abschließenden Diskussion der Charta für Bürgerschaftliches Engagement in Berlin“ geladen, die dann fast auf den Tag genau vor fünf Jahren am 04.11.2004 unterzeichnet wurde. Gut zwei Jahre zuvor hatte die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages ihren Abschlussbericht vorgelegt. 2005 gründete sich auf der Grundlage der Charta das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“, das heute 64 Mitglieder zählt. Zeit also, gemeinsam eine Zwischenbilanz zu ziehen: Was hat sich getan? Was wurde erreicht? Was steht noch unerledigt auf der Agenda? Was gehört auch auf den Runden Tisch?

Frau Carola Schaaf-Derichs eröffnet

im Namen des Treffpunkts Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur den dritten Runden Tisch 2009 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin und begrüßt herzlich (einmal mehr) Frau Ülker Radziwill, MdA SPD-Fraktion, als Patin eines Runden Tisches, und auch Herrn Rainer-Michael Lehmann, MdA FDP-Fraktion und Pate des letzten Runden Tisches.

Dieser Runde Tisch führe zurück in das Jahr 2004, in die 2003 an den Runden Tischen begonnene Arbeit an der *Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement*, die ihren Abschluss beim ersten Runden Tisch des Jahres 2004 fand - erneut unter Patenschaft von Frau Radziwill. Rund 150 Organisationen hatten sich beteiligt, und am 05.12. 2004 fand die Unterzeichnung der Charta statt. Dies sei nun der Anlass, nach fünf Jahren Zwischenbilanz zu ziehen; eine Zwischenbilanz, die auch die seinerzeitige Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Bürgerschaftlichen Engagement von 2020 einbeziehen sollte. Und schließlich gehörten auch die im Sommer vom Berliner Senat als *Eckpunkte für eine engagementpolitische Förderstrategie* beschlossenen *Grundsätze und Leitprojekte zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin* hinein in diesen Versuch einer engagementpolitischen Zwischenbilanz für Berlin.

Frau Ülker Radziwill war überrascht,

als sie die Einladung zur Patenschaft für diesen Runden Tisch erhielt, dass seit der Verabschiedung der Charta schon fünf Jahre ins Land gegangen waren. Sie halte aus ihrer Sicht die Grundidee der Charta, wie es Frau Schaaf-Derichs richtig gesagt habe, nach wie vor für richtig und wichtig. Gleichwohl sei aber zu fragen: Was ist in den letzten fünf Jahren erreicht worden, welche neuen Erkenntnisse gibt es, wie kann, wie muss die Charta aus heutiger Sicht weiter entwickelt werden? Denn das gehöre zur Politik, dass sie ihre eigenen Überle-

gungen und Entscheidungen nach einer bestimmten Phase noch einmal auf ihre Nachhaltigkeit hin prüft - und sich gemeinsam mit denen, die das umsetzen, an den Tisch setzt. So verstehe sie auch den heutigen Runden Tisch, dass im Dialog überlegt werde: nicht nur, wie die Charta weiterentwickelt werden könne, sondern auch, was noch mehr und was noch besser gemacht werden müsse.

Auf der Grundlage der Charta sei ja dann das *Landesnetzwerk Bürgerengagement "aktiv in Berlin"* entstanden, und die Frage sei heute, welche Prozesse zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements noch weiter angestoßen werden könnten. Wichtig sei dafür auch der Blick auf die Ergebnisse der bereits erwähnten Enquete-Kommission auf Bundesebene. Sie interessiere insbesondere, ob die wichtige Erkenntnis der Kommission, dass, trotz aller notwendigen Begleitung, Unterstützung und Sicherung von Rahmenbedingungen, Bürgerschaftliches Engagement nicht fürsorglich, nicht stellvertretend für jemanden gemacht werden könne, wie diese im Alltag der Organisationen und Initiativen angekommen sei. Was fehle noch an ermöglichenden Rahmenbedingungen, um diese Einsicht umsetzen zu können? Natürlich gehe es dabei immer auch um Geld. In den aktuellen Haushaltsberatungen habe man sich immerhin verständigt, keine Kürzungen vorzunehmen, aber für die kommenden Verhandlungen zum Liga-Vertrag wie auch zum Stadtteilzentren-Vertrag würde sie schon gerne wissen, wo der Schuh drückt.

Frau Schaaf-Derichs freut sich,

dass dieser Runde Tisch hinsichtlich der engagementpolitischen Perspektiven und ihrer finanziellen Stützung nicht in einer völlig offenen Situation stattfinden müsse sondern einige politische Weichenstellungen für die Zukunft, wie die Patin berichten konnte, schon gefallen seien. Und sie bittet um Wortmeldungen: Was ist in den letzten Jahren seit der Charta gut gelungen in der Landschaft des Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin? Und wo gibt es Män-

gel, gibt es weitere Entwicklungsbedarfe?

Herr Hendrik Haupt (Berliner Stadtreinigungsbetriebe BSR) hat

die Erfahrung gemacht, dass das Thema Bürgerschaftliches Engagement heute in Berlin wesentlich salonfähiger ist als noch vor fünf Jahren. Es sei ein bisschen weggekommen von diesem Bild: Das ist nur etwas für Hausfrauen, die Langeweile haben und es ist was für angehende Pensionäre und Rentner, die mit ihrer Zeit nichts mehr anzufangen wissen. Bürgerschaftliches Engagement sei auf dem Weg, ein gesellschaftlicher Wert zu werden, und dass es diesen Makel verloren hat, finde er wirklich positiv; ebenso, dass es heute Strukturen gibt: Stellen, wo man Hilfe bekommt, wo man Anregungen bekommt, dass man Suchende und Anbietende gezielt zusammenführt, wie zuletzt in Trepow-Köpenick mit dem Marktplatz. Und als Herausforderung für die Zukunft sehe er die noch weitere Verankerung des gesellschaftlichen Werts von Bürgerschaftlichem Engagement in den Köpfen: dass jeder wisse, es ist etwas Gutes, sich irgendwo zu engagieren.

Frau Schaaf-Derichs verknüpft

die Beobachtung mit dem zweiten Punkt der Charta, in dem es darum gehe, das gute Zusammenleben in der Stadt zu befördern; da hänge sehr viel dran, das sei eine Art Daueraufgabe, deren Erledigung sicher über einen Zeitraum von fünf Jahren hinausreiche.

Frau Diana Gevers (NABU Landesverband Berlin) blickt

als neu nach Berlin gekommene Mitarbeiterin eines klassischen ehrenamtlichen Vereins unbefangen auf die Charta. Sie finde grundsätzlich sehr gut, dass es so viele Schnittpunkte wie die Freiwilligenagenturen in der von ihr angebotenen großen Vielfalt Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin gebe: Je-

der Deckel finde da seinen Topf, niemand könne sagen, ich würde gerne, aber das gibt es nicht. Schlecht oder verbesserungswürdig finde sie, aber das gelte nicht nur für Berlin, ein eher allgemeines Problem in Deutschland im Vergleich mit europäischen Nachbarn, nämlich die mangelnde Selbstverständlichkeit Bürgerschaftlichen Engagements. Anderswo sei es normal, dass man was mache. Das zeige sich auch in einer Anerkennungskultur, die noch häufig viel zu aufgesetzt sei; die Organisationen wollen unbedingt danken, wissen aber nicht wie, und den engagierten Menschen sind diese Formen des Dankens oft unangenehm. Hier sei Handlungsbedarf.

Herr Werner Moritz (Landesseniorenarbeitskreis Berlin/Brandenburg des DGB) benennt

als positive Veränderung das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz, Thema gleich des zweiten Runden Tisches 2001. Trotz aller Probleme, die es noch zu lösen gelte, gelte es schon jetzt als modellhaft und entfalte Wirkung über Berlin hinaus. Negativ bewerte er dagegen die Tendenz, Begegnungsstätten (nicht nur für Senioren wie jetzt in Treptow-Köpenick) zu privatisieren oder zu schließen; da drohten aus offenbar finanziellen Gründen wichtige Infrastrukturen Bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt zu verschwinden.

Herr Peter Stawenow (Sozialwerk Berlin) zählt

den Freiwilligenpass zu den positiven Entwicklungen. Er habe sich sprichwörtlich zu einer "Institution" entwickelt, auch in praktischer Hinsicht und gerade auch für jüngere Menschen, die damit auch in Bewerbungen gehen könnten. Zu den entwicklungsfähigen Punkten gehöre die Frage der Ehrenamtscard. Hier wäre ein liegengebliebener Diskussionsstrang wieder aufzunehmen unter dem Gesichtspunkt, wie geldwerte Leistungen (nicht nur Geld) Teil einer Anerkennungskultur werden könnten.

Frau Schaaf-Derichs mag

dieser positiven Einschätzung nicht ganz folgen: Als Vertreterin der Zivilgesellschaft in der Senatskommission zum Freiwilligenpass habe sie beobachten können, dass der Freiwilligenpass einerseits als Anerkennungsinstrument sehr gut angenommen und auch in angemessener Form im Roten Rathaus vergeben werde, andererseits aber auch feststellen müssen, dass es noch Probleme, auch im Jugendbereich, gibt: Sie wünsche sich, dass er noch mehr genutzt würde. Gerade der Jugendfreiwilligenpass werde nach letzter Statistik leider nicht richtig angenommen; noch werde mit der Vermittlung und Verbreiterung der Anwendung in den Bereichen Jugendliche und Schule gerungen.

Herr Andreas Kessel (Landesverband Schulischer Fördervereine) ergänzt,

dass der Landesverband den Freiwilligenpass regelmäßig an Schulen verleiht und er speziell zu Abifeiern auch sehr begehrt und sehr gewünscht sei. Er entfalte aber besonders im Bereich der Abiturienten noch nicht wirklich Wirkung. Für eine Bewerbung, für eine normale Ausbildung sei der Nachweis vielleicht hilfreich, aber für ein Studium gebe es keinerlei positive Wirkung; und deshalb verpufft das anfängliche Interesse und das finde er sehr schade; hier gebe es noch Steigerungsmöglichkeiten.

Frau Schaaf-Derichs nimmt

den Punkt auf. Sie frage sich schon länger, ob gerade für das Studium nicht eine Integration der Anerkennung von Bürgerschaftlichem Engagement in das System der Credit-Points, dem für den Studienerfolg relevanten Bewertungssystem möglich sei. Hier gebe es offensichtlich Versuche im Hochschulbereich, die man sinnvollerweise sich einmal ansehen sollte.

Frau Stefanie Beerbaum (Sternenfischer, Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick) hat

sich die Weiterentwicklung des Freiwilligenpasses aus den schon angeführten Gründen ebenfalls auf der Seite der weiter zu diskutierenden und entwickelnden Instrumente notiert. Als Leiterin einer Einrichtung zur Förderung von Engagement vor Ort bekomme sie sehr häufig von den anderen Einrichtungen die Rückmeldung, dass der Freiwilligenpass bei den Freiwilligen und Ehrenamtlichen nicht sonderlich gut ankomme. Sie höre dann Begriffe wie Mogelpackung; und sie denke, dass allen Anwesenden diese Diskussion bekannt ist. In Treptow-Köpenick liege das nach ihrer Einschätzung auch daran, dass 42% der Freiwilligen über 60 sind und für sich den Wert dieses Passes, der faktisch ja tatsächlich keiner ist, nicht sehen. Aber er habe Potenzial, gerade auch für Jugendliche, wenn die Integration in Lern- und Bildungsprozesse gelinge.

Wie Herr Haupt zählt auch sie die Tatsache, dass Bürgerschaftliches Engagement in den letzten Jahren klarer ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden konnte und heute eine ganz andere Anerkennung und Wertschätzung als noch vor wenigen Jahren erfährt, zu den positiven Entwicklungen.

Als weiteren Punkt habe sie die Infrastruktur zur Förderung von Engagement auf ihre Liste der zu entwickelnden Dinge genommen. Das Freiwilligenzentrum der Sternenfischer sei ein überzeugendes Beispiel dafür, wie viel an Mehrwert, an Gewinn eine Kommune, in diesem Fall der Bezirk Treptow-Köpenick, tatsächlich bekommen könne, wenn sie investiert. Daraus folge für sie die dringende Frage: Was bedeutet diese Erfahrung, wohin kann die Entwicklung in der Berliner Engagementlandschaft gehen? Demnächst werde eine Studie zur Wirkweise von Freiwilligenagenturen erscheinen. Wenn man sich die vorweg bekannt gewordenen Zahlen anschau und dann sehe, dass über 40% der Freiwilligenagenturen bundesweit mit einem Jahresbudget von bis zu 10.000 € arbeiten sollen und auch tatsächlich arbeiten, dann werde sehr deutlich, dass es

sich bei den Freiwilligenagenturen, diesen zentralen Einrichtungen zur Förderung von Engagement um eine große Baustelle handelt, die bald und rasch beackert werden sollte.

Frau Schaaf-Derichs verzichtet

hier auf jede weitergehende Kommentierung und gibt das Wort weiter.

Herr Dr. Eberhard Löhnert (Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin) sieht

positiv, dass sich die Bedingungen und die Strukturen Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin in den letzten Jahren gefestigt haben; dazu habe auch die Berliner Charta beigetragen. In den Stadtteilzentren sind heute im Jahresdurchschnitt auf einen hauptamtlich Mitarbeitenden 50 Ehrenamtliche engagiert. Sie hätten sich verstärkt zu einem sozialen Rückgrat in der Stadt entwickelt. Hier wie in anderen Projekten der sozialen Arbeit, der Seniorenarbeit und im Treffpunkt Hilfsbereitschaft habe es eine gute Entwicklung gegeben, die zunehmend quantitativ wie qualitativ belegbar sei.

Nicht unbedingt problematisch, aber entwicklungsbedürftig seien für ihn die Rolle und die Möglichkeiten von Bürgerschaftlichem Engagement im Sinne von Partizipation und Teilnahme an der Stadtentwicklung. Nicht, dass es das nicht gebe, aber dieser Blick über die eigene Person, über den Nachbarn und über die eigene Einrichtung hinaus, Verantwortung zu übernehmen, das sei eine schwierige Sache, nicht nur für Menschen sondern auch hinsichtlich der (politischen) Rahmenbedingungen: In der letzten Woche sei er im Stadtteilzentrum Spittelkolonaden gewesen. Am Nachmittag sei das gesamte Bezirksamt, also die Stadträte und der Bürgermeister dagewesen, auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung war vertreten und etwa 80-100 Bürger. Da habe er den ganzen Nachmittag ernsthafte, schwierige, manchmal auch fast kaum zu ertragende Diskussionen erlebt, in der Bürger ganz klare Vorstellungen für den

Stadtteil entwickelt hätten - und auf der anderen Seite sei die Ohnmacht der Verwaltung deutlich geworden, solche Anregungen und Vorschläge schon aus verwaltungstechnischen Gründen überhaupt aufzunehmen. Am Ende sei dann das Ergebnis gewesen: Ihr könnt noch tausend Vorschläge machen, in den nächsten fünf, zehn Jahren passiert in den Spittelkolonnaden an der Leipziger Straße gar nichts; ganz gleich, ob keine Mutter mit Kinderwagen mehr gefahrlos über die Straße kommt, ob der Tunnel nicht benutzt werden kann, weil er total verdreht ist; die Verwaltung hat bis 2015 andere Schwerpunkte gesetzt. Aber allein dies, Politik und Verwaltung mit diesem Ergebnis zu konfrontieren, sei schon ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung Bürgerschaftlichen Engagements gewesen. Auch in dem Sinne, dass die enormen Entwicklungsbedarfe deutlich werden, wenn über die dem Bürgerschaftlichen Engagement in der Stadt förderlichen Rahmenbedingungen gesprochen werde.

Frau Gerlinde Maus (Katholische Frauengemeinschaft Deutschland) bucht

auf der Habenseite der Charta, dass eine sehr viel größere Öffentlichkeit für Bürgerschaftliches Engagement hergestellt worden sei. So sei es auch in kirchlichen Zusammenhängen gewesen, wo ja das Ehrenamt Tradition habe aber gleichwohl immer etwas belächelt worden sei. Darüber hinaus sei das Engagement in den Kirchen auch stärker mit dem Engagement im Stadtteil verbunden. Auf der Sollseite, nicht unbedingt negativ, aber doch noch zu entfalten, stehe die Frage nach der Anerkennungskultur, zum Beispiel nach der Ehrenamtscard, die sie aus Rheinland-Pfalz und NRW als sehr erfolgreich kenne. Wenn so etwas auch in Berlin möglich wäre, würde das dem Ehrenamt in den Kirchen und dem Bürgerschaftliche Engagement im Stadtteil sicher gut tun.

Frau Schaaf-Derichs findet

all diese konkreten Wünsche, die schon auf den Tisch gekommen sind, besonders auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Freiwilligenpas-

ses, sehr hilfreich: Sie weiten den Blick auf mögliche und auch in der Stadt gewünschte Entwicklungen und bereichern damit die Agenda auch der Kommission zum Freiwilligenpass.

Herr Andreas Kessel hat sich

die Freiwilligenbörse als besonders positive Erfahrung notiert, um Freiwillige zu gewinnen und auch Öffentlichkeit herzustellen, gerade auch deshalb, weil sie im Roten Rathaus stattfindet. Zu seinen negativen Erfahrungen zähle die geringe Unterstützung, die der ausschließlich ehrenamtlich getragene Landesverband Schulischer Fördervereine seitens der Schulverwaltung erhalte. Aus Sportvereinen kenne er die gute Praxis, dass Hauptamtliche Ehrenamtliche unterstützen. Und in Sachsen, wo er gerade die Gründung eines dortigen Landesverbandes schulischer Fördervereine unterstützt habe, sei selbstverständlich der Minister und sein Staatssekretär mit dabei gewesen; in Berlin sei es dem Verein seit Jahren nicht gelungen, den Senator oder einen Staatssekretär zu treffen. Da zeige sich dann leider auch die (mangelnde) Wertschätzung von Politik und Verwaltung für ein ehrenamtliches Engagement, das in der Summe aller Fördervereine Millionenbeträge an Euro generiere und der Öffentlichen Hand viele Ausgaben erspare.

Frau Schaaf-Derichs glaubt nicht,

dass Herr Kessel mit diesen Erfahrungen in der Berliner Engagementlandschaft alleine steht; ähnliche Signale gebe es auch andernorts. Der politische Schlußschluss zwischen Bürgerschaftlichem Engagement und Politik, die Anerkennung der Leistungen bürgerschaftlich Engagierter könnten sicher noch verbessert werden. Die aus den Erfahrungen von Herrn Kessel entspringende Sorge, dass ehrenamtliche Tätigkeiten geringwertiger als hauptamtliche wahrgenommen werden, sei nicht nur deswegen ernst zu nehmen, weil sie entmutigend wirke; hier deute sich ein grundsätzliches Problem im Verhältnis zu Politik und

Verwaltung an.

Friederike von Borstel (Haltestelle Diakonie) kommt

auf den Freiwilligenpass zurück, der in der ehrenamtlichen Arbeit mit Menschen mit Demenz eine wichtige Rolle spiele und gerne genutzt werde. Die Haltestelle Diakonie überreiche den Pass nicht nur im Roten Rathaus, sondern mache dazu eigene Veranstaltungen, zu denen dann auch mehr als hundert Freiwillige kommen; insgesamt seien berlinweit etwa 280 Freiwillige in diesem Arbeitsfeld aktiv. Der Freiwilligenpass sei ein sehr gutes Instrument, und sie würde sich freuen, wenn es nicht nur erhalten bleibe, sondern sich in Berlin weiter etabliere; zumal das Berliner Modell jetzt auch nach Brandenburg übernommen werde. Das Problem sei nur, dass eine solche Anerkennungskultur nicht umsonst zu haben sei; so eine Veranstaltung könne locker auch schon mal über 1.000 € kosten, wenn man Blumensträuße, Buffet und Musik zusammenrechne, und da seien noch nicht die Raummiete und erst recht keine besonderen musikalischen Darbietungen oder anderes mit abgedeckt.

Ein anderes, ärgerliches Problem: Bei der niedrigschwelligen Betreuung von Menschen mit Demenz ist es möglich, für ehrenamtliche Arbeit Entgelte zu nehmen: Die Betreuungsarbeit kostet die Klienten Geld, das sie in der Regel von der Pflegeversicherung wiederbekommen; und sie erhalten auch noch einen Zuschuss durch die Pflegekassen und den Berliner Senat. Das Problem seien die Aufwandsentschädigungen, die zwar pauschal bei den Leistungsentgelten anerkannt seien, aber in Berlin, und nur in Berlin, individuell an die Ehrenamtlichen nur mit bis zu 15 € im Monat weitergereicht werden dürften. Es gehe ja nicht darum, die Ehrenamtlichen für ihre Tätigkeit über Gebühr zu entschädigen; möglich werden solle aber eine angemessene, nicht zu Lasten anderer Aufgaben gehende (auch finanzielle) Anerkennung des Aufwands eines verantwortungsvollen und hochgradig auf Verbindlichkeit angelegten Engagements in der Pflege. Diese berlinspezifische Deckelung lasse das nicht zu.

Frau von Borstel sieht nach ihren Erfahrungen drei ungefähr gleich große Gruppen von bürgerschaftlich Engagierten: Erwerbssuchende Menschen, für die freiwillige Tätigkeiten eine Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe seien, die sie nach der Erfahrung des Arbeitsplatzverlustes wieder stabilisieren und bei der Suche nach neuer Erwerbstätigkeit stützen könne. Und dann gebe es die beiden Gruppen der Erwerbstätigen und der Rentnerinnen und Rentner, beide spiegeln jeweils ein sehr breites Spektrum aus allen Bildungsschichten. Ein Großteil von ihnen, nicht nur die Erwerbslosen, seien im Grunde auch deshalb zum Engagement bereit, weil sie wissen, dass sie die Aufwandsentschädigung bekommen. Sie würden nicht reich von den fünf Euro, die sie für vier Stunden Betreuung in der Woche bekommen. Aber ein solcher kleiner Obolus sei nach ihren Erfahrungen eine wichtige Form der Anerkennung.

Frau Schaaf-Derichs verweist darauf,

dass das Thema Bürgerschaftliches Engagement und Pflege zukünftig eine immer größere Bedeutung erhalten werde, nicht nur wegen des demografischen Wandels sondern auch angesichts der wachsenden Zahl von alternden Menschen, die sich bei Begleitung, Betreuung und Pflege im Alter nicht auf familiäre Netze stützen können. Und dabei gehe es ganz außerordentlich um verbindliche Erfüllung der engagiert übernommen Aufgaben: Wir sind alle aufgefordert, hier noch genauer hinzuschauen, noch sensibler zu sein und noch mehr Verantwortungsübernahmen durch Bürgerschaftliches Engagement gut zu regeln, gerade im Bereich der Pflege aber nicht nur dort.

Frau Eva-Maria Scheel (Koepjohann'sche Stiftung) berichtet

über ihren Weg, den sie mit einem Besuchsdienstprojekt in Zusammenarbeit mit Sozialstationen und Pflegeeinrichtungen eingeschlagen habe, die ja Unternehmen seien. Nach einem anfänglich vielfältigen Hürdenspringen laufe es ganz hervorragend: Das ehrenamtliche Engagement in den Einrichtungen sei

Teil der Qualitätssicherung bei den Kooperationspartnern, die verpflichtende Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen werde vertraglich gleich zu Beginn vereinbart. Die Zusammenarbeit sei so selbstverständlich geworden, dass sich Pflegekräfte direkt bei ihr melden, wenn in den Einrichtungen ein individueller Begleitungs- oder Betreuungsbedarf entstehe. Und hinsichtlich der Anerkennungskultur habe man ein eigenes Konzept und eigene Regeln entwickelt, wobei man als Stiftung in der Ausgestaltung völlig unabhängig sei; wichtig aber sei eine intensive Begleitung und Betreuung der ehrenamtlich Engagierten selber; so entstehe Stabilität und Bindung zum Nutzen aller.

Eine Anmerkung habe sie noch zur Ziffer 7 der Charta, dass Bürgerschaftliches Engagement nicht als Lückenfüller für reduzierte sozialstaatliche Leistungen missbraucht werden dürfe: Die Grenzen des Ehrenamts seien nach ihren Erfahrungen mit der wachsenden Tendenz zu halben Jobs fließender geworden, eine ganz klar zu sehende und genau zu beobachtende Gefährdung bisherigen Bürgerschaftlichen Engagements gerade auch in Zukunft.

Frau Schaaf-Derichs dankt

Frau Scheel für die eindrückliche Beschreibung, was sich hinter dem Stichwort Verantwortungsübernahme durch Bürgerschaftliches Engagement in der Pflege an Problemen aber auch Potenzialen verbirgt. Und es gebe viele neue Bereiche über die Pflege hinaus, in denen Ehrenamtliche heute immer mehr angefragt werden, wie die Erfahrungen der Freiwilligenagenturen zeigten.

Herr Dr. Jochen Gollbach (Freiwilligenagentur Marzahn-Hellersdorf) schließt

an die abschließende Beobachtung von Frau Scheel an. Es gebe noch eine weitere Gruppe von Tätigen im Grenzbereich zwischen Erwerbstätigkeit und Engagement, die dem Bereich der Beschäftigungsmaßnahmen (MAEs u.a.) zuzu-

ordnen seien: Da verschoben sich aktuell offenbar Felder und er könne nicht genau sehen, in welche Richtung; jedenfalls habe es ihn geschockt, als er in der letzten Woche erfahren habe, dass in einem bisher erfolgreich von Ehrenamtlichen geführten Elterncafé vom Träger zukünftig MAE-Kräfte eingesetzt werden sollten und die Ehrenamtlichen rausgeschmissen worden seien. Hier tue eine Bestandsaufnahme Not, um zu genauer zu sehen, was da gerade abgehe; und auch eine Positionierung der bürgerschaftlich Engagierten. Gleichzeitig registriere er positiv, dass Einrichtungen und Vereine, die schon lange mit Freiwilligen arbeiten, ihre Arbeit im Sinne eines Freiwilligenmanagements immer mehr professionalisieren; da seien viele auf einem guten Weg.

Frau Theda Blohm (Kreativhaus Berlin) verknüpft

aus persönlicher Erfahrung die eben angesprochenen Erfahrungs- und Tätigkeitsfelder: Sie sei vor zweieinhalb Jahren mit einer Maßnahme mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) in das Engagementfeld eingestiegen, habe dann eine Ausbildung im Freiwilligenmanagement an der Akademie für Ehrenamtlichkeit gemacht, und das in einem Umfeld, in dem es gleichzeitig auch Qualifizierungen für Hauptamtliche gab, ein nach ihren Erfahrungen äußerst produktives Zusammenspiel, das auch Perspektiven aufzeige. Zu den positiven Berichtspunkten der letzten Jahre gehöre weiter die Tatsache, dass für diese Form von Qualifizierung, Weiterbildung Förderungen gab, ebenso der regelmäßige Erfahrungsaustausch im Landesnetzwerk der Freiwilligenagenturen, um Schwierigkeiten zu diskutieren und Lösungen zu finden. Und auch die Freiwilligenbörse mit ihrer großen Resonanz und ihrer mit dem Ort Rotes Rathaus verknüpften besonderen Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements zähle dazu. Zu den entwicklungsbedürftigen Projekten gehöre die Ehrenamts-card, die aber nicht nur für die Ehrenamtlichen Wertschätzung symbolisiere, sondern auch zu einer öffentlichen (und nicht einfach selbstverständlichen individuellen) Wertschätzung freiwilligen Engagements in Berlin gemacht wer-

den müsse. So sollte zum Beispiel nicht nur der Zugang zu Bibliotheken unentgeltlich werden, sondern in den Bibliotheken auch öffentlich gemacht werden nach dem Motto: Hier erfahren diejenigen, die ehrenamtlich für Berlin aktiv sind, Wertschätzung; die hier freiwillig Aktiven übernehmen Aufgaben auf Augenhöhe und sind keine Lückenbüßer.

Herr Löhnert zeigt sich positiv überrascht

über die gute Resonanz, die die Freiwilligendienste aller Generationen, bei denen sich Freiwillige zu einem mindestens halbjährigen Dienst mit acht Stunden wöchentlich verpflichten und die Thema beim ersten Runden Tisch in diesem Jahr waren, in Berlin gefunden hätten: 73 verbindliche Vereinbarungen seien bereits abgeschlossen, weitere 20 in Vorbereitung, und das in ganz unterschiedlichen Regionen Berlins. Bis auf wenige Ausnahmen sei nicht das Geld für die Entscheidung ausschlaggebend gewesen, sondern das Gefühl, in ihrem Tun ernst genommen zu werden. Als Gegenwert sozusagen bekämen die Freiwilligen eine solide Qualifizierung für ihre Tätigkeit: Wenn dann den Freiwilligen dieselbe Qualifizierung geboten werde wie Mitarbeitenden großer Vereine, die sich eine Qualifizierung für 1.000 € leisten könnten, dann sei das schon ein besonderes Erlebnis, wie er selbst habe beobachten können. Die Bedeutung eines Qualifikationsangebots für freiwillig Engagierte sei auch noch in einem anderen Zusammenhang deutlich geworden: in der Ausbildung von Freiwilligen gemeinsam mit Hauptamtlichen zu Freiwilligenmanager/innen in der Paritätischen Akademie. Das sei ein ganz besonderer Einstieg in eine Verantwortungsrolle als Freiwillige, und es erleichtere auch den Einstieg und stärke die Akzeptanz in Einrichtungen. Noch seien das nur erste Erfahrungen, aber die gemeinsame Ausbildung von Ehren- und Hauptamtlichen könnte sich für Berlin als ein sehr produktiver Zugang zu den bekannten Problemen an der Schnittstelle Haupt-/Ehrenamt erweisen; auf jeden Fall wolle er diese Erfahrungen auf der Plusseite der Entwicklung in den letzten Jahren sehen.

Nachdenklich gemacht habe ihn, dies ein anderer Punkt, die Erfahrung mit den von der BVG für freiwillig Engagierte zur Verfügung gestellten 10.000 Einzelfahrscheinen. Sie seien ohne Zweifel für Freiwillige mit geringem Einkommen wichtig, aber das Engagement sei nach seiner Beobachtung nicht wirklich davon abhängig. Er frage sich, ob dieses Thema die Ehrenamtlichen wirklich so sehr beschäftige oder ob es nicht vielleicht auch den Meinungen der Sozialarbeitenden über vorgeblich zwingende Rahmenbedingungen Bürgerschaftlichen Engagements entspringe; hier könne ein genauerer Blick angesagt sein.

Hinsichtlich der immer bedeutsameren Rolle von Fördervereinen und Bürgerschaftlichem Engagement in (und für) Schulen möchte er gerne nach deren Verhältnis zu staatlichen Pflichtaufgaben fragen. Wenn beispielsweise Teilhabe, Partizipation wichtig seien, dann sei doch erst einmal zu fragen, was vermittelt denn Schule für dieses wichtige Thema? Bei der aktuellen Entwicklung zur Gemeinschaftsschule, zur ganztägigen Schule könne es doch nicht sein, dass Jugendarbeit und Jugendhilfe in die Schulen gehen und dort Aufgaben übernehmen, die die Schule nicht leisten will oder kann. Wenn es das gemeinsame Ziel von Politik und Gesellschaft sei, eine urbane Bürgergesellschaft wachsen zu lassen, dann sei das erst einmal eine Aufgabe der Schulen. Er könne sich gut vorstellen, diese Fragen einmal am Runden Tisch mit Vertretern der Schule aber auch mit Vertretern der Schulsozialarbeit zu diskutieren: Welche politische, fachliche, strukturelle Unterstützung können hier freiwillig Engagierte leisten, was könnte ihre Rolle bei der wertorientierten Entwicklung von Partizipation und Teilhabe in den Schulen und damit in der Gesellschaft sein.

Frau Schaaf-Derichs erinnert

hier an den vorjährigen Runden Tisch "Zivilcouragiert im Quartier! Bürgerschaftliches Engagement für ziviles Verhalten in öffentlichen und halb öffentlichen Räumen", als die Leiterin der Evangelischen Schule Berlin Mitte, Frau

Rasfeld, eindrücklich über ihre mehr als zehnjährigen Erfahrungen berichtet hatte, eine demokratieoffene und -orientierte Schule zu ermöglichen - und verweist auf die kommende Fachtagung "Freiwillige bilden Gesellschaft" der Engagementwerkstatt Berlin. Sie freue sich, dass die Stadt solche Leuchttürme auch freiwilligen Engagements beherberge.

Frau Schaaf-Derichs zieht eine Zwischenbilanz: Mehrfach sei das Thema Qualifizierung angesprochen worden, nicht nur von freiwillig Engagierten, auch von Hauptamtlichen, aber nicht nur hinsichtlich des notwendigen Freiwilligenmanagements oder deren wechselseitigem Verhältnis sondern ebenso in fachlicher Hinsicht; es gehe darum, dass sich beide Seiten fänden im gemeinsamen Tun. Damit hänge eng der strukturelle Punkt einer engagementförderlichen Öffnung der Einrichtungen und der Stützung derjenigen zusammen, die für die (An-)Leitung und Begleitung der Freiwilligen verantwortlich seien. Wo diese Strukturen nicht stimmig, nicht wirklich gut seien, und das sei mehrfach angesprochen worden, hätten freiwillig Engagierte Probleme. Weitere angesprochene Punkte:

- Offensichtlich sei mit der Freiwilligenbörse ein gutes Instrument gefunden worden, einmal jährlich eine Art Leistungsschau Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin zu machen; zugleich aber sei auch deutlich angemerkt worden, dass Öffentlichkeitsarbeit, dass das öffentlich Machen, das Präsentieren des Engagements immer zwingend mitgedacht werden müsse.
- Kritisch kommentiert worden seien "Lastenverschiebe", sowohl in der Aufgabenwahrnehmung (Stichwort: "Lückenbüßer" für ausfallende Leistungen) wie auch im Verhältnis zwischen hauptamtlich und ehrenamtlich Tätigen (Stichwort: Pflege; wer macht die weniger attraktiven Arbeiten?).
- Wachsende Fragen werfe offensichtlich die Beobachtung auf, dass die Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Freiwilligem Engagement in Bewegung geraten sei: Wie arbeitsmarktneutral sei Bürgerschaftliches Engagement in machen Bereichen noch, wo werden freiwillig Engagierte

durch arbeitsmarktpolitische Instrument verdrängt? Das sei ein weiteres Beispiel für vielfältige, auch in der Runde angesprochene Verschiebungen im Bürgerschaftlichen Engagement nicht nur in Berlin; und damit werde auch immer (wieder) die Frage nach Positionierungen aufgeworfen.

Nun könne die Berliner Charta hinsichtlich der aufgeworfenen Fragen sicher rasch aktualisiert werden, zumindest auf dem Papier; doch wer, frage sie, ist eigentlich in Berlin der von Gesellschaft und Politik gleichermaßen in Wert und Handlungsfähigkeit gesetzte Sachwalter, wer ist der Stakeholder Bürgerschaftlichen Engagements? Herr Moritz habe auf den Erfolg des Seniorenmitwirkungsgesetzes verwiesen, doch wie sehen die Realitäten in der Umsetzung aus? Wie stehe es um die Erfahrungen, die jetzt in die anstehende Überprüfung einfließen sollen?

Und sie lädt damit den Runden Tisch zu einer zweiten Gesprächsrunde ein: Wer sind die Ansprechpartner für freiwillig Engagierte in Berlin, wenn etwas verbessert werden soll; und wer spricht für sie aus welcher Position? Wie stark und handlungsfähig sei eigentlich ein Landesnetzwerk Bürgerengagement einzuschätzen, das zwar 66 Mitgliedsorganisationen habe, die durchaus repräsentativ für das Bürgerschaftliches Engagement in Berlin und für rund 200.000 Engagierte in Berlin stehen, das aber über keine Förderungen verfüge und seine gesamten (Infra-)Strukturen ausschließlich ehrenamtlich organisieren müsse: hat es wirklich schon das notwendige Potenzial und die Kraft für die angesprochene sachwaltende Rolle? Dabei sei aktuell in Berlin einiges in Bewegung und in der Diskussion in Sachen Bürgerschaftliches Engagement, in der Politik, aber auch im Feld der engagierten Unternehmen. Sie frage sich und damit in die Runde: Wird das Landesnetzwerk Bürgerengagement da einbezogen, wie können sich die in Berlin freiwillig Engagierten in solche Prozesse einbringen, haben sie dabei überhaupt was zu melden oder sind das gar nicht ihre Angelegenheiten? Die Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement sei ja seinerzeit breit unterzeichnet und nicht für die Schublade geschrieben worden;

sie stehe für ein grundlegendes Anliegen: Bürgerschaftliches Engagement als unverzichtbarer Bestandteil des Wohls einer lebendigen, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft, das zu entwickeln man sich einmal auf die Fahne geschrieben habe. Und da komme immer wieder der Punkt, wo man die Charta aus der Schublade holen, sie sich ansehen müsse und fragen: Was ist erreicht worden, was ist der Stand, wohin geht die Reise, was ist (noch) das gemeinsame Anliegen, wie ist sie vielleicht zu verändern und mit wem kann man sie wie verwirklichen?

Herr Moritz beobachtet,

dass das für ein erfolgreiches Handeln wichtige kommunikative Netzwerk der Berliner Engagementlandschaft erhebliche Schwächen hat: Er habe hier am Runden Tisch von Dingen gehört, die neu für ihn waren; das gehe nach seinen Erfahrungen nicht nur ihm so und es müsste mehr Möglichkeiten geben, sich auszutauschen und zu diskutieren. Auch falle ihm schwer, trotz seines Engagements im Landessenorenbeirat und im Landessenorenarbeitskreis Berlin/ Brandenburg des DGB, für das jeweilige Anliegen Ansprechpartner zu benennen. Man kenne zwar die Probleme in ihren Einzelheiten und komplexen Zusammenhängen, aber wer die potenziellen und dann auch die verantwortlichen Partner in Politik und Gesellschaft zu ihrer Lösung seien, diejenigen zu finden, sei sehr schwierig. Eine der Möglichkeiten zur informationellen Vernetzung sei sicher das Internet, ein Weg, den zu bereiten auch er beteiligt sei im Landessenorenbeirat; aber seine Erfahrung sei auch, dass viele Engagierte und Interessierte diesen Weg nicht fänden oder nicht gehen können. Das sei die seine Seite. Die andere Seite sei die mangelnde Bereitschaft, den Austausch untereinander aktiv zu pflegen: Aus den Bezirken komme erstmal gar nichts, die Verbände informierten nur über das, was sie selbst machten, aber die Beziehungen untereinander, die fehlten nach seiner Erfahrung völlig; jede und jeder mache Seins. Was es gebe, seien Formen der Begegnung und des

Kennenlernens wie die Berliner Seniorenwoche, wo man sich treffe und sehen könne, wer was mache.

Frau Schaaf-Derichs hält

als weiteren Merkpunkt die Frage nach den "Knotenpunkten" des bürgerschaftlichen Engagementnetzes in Berlin fest: Wenn man schon nicht immer mit allen kommunizieren könne, was ja allein wegen der Breite der Engagementlandschaft und auch rein zeitlich völlig ausgeschlossen sei, was gebe es dann an Knotenpunkten, Veranlassungen, Veranstaltungen oder ähnlichen Formen, verstärkt in Austausch treten - und wo seien welche dieser Formen zu stärken oder auch neu zu schaffen?

Frau Gevers sieht hier

gerade mit ihrem Erfahrungen als Verbandsvertreterin vom NABU Landesverband Berlin eine schwierige Aufgabe für ein Landesnetzwerk. Denn bürgerschaftlich Engagierte hätten ja durchaus unterschiedliche Interessen (die sie auch vertreten), und da sei dann leicht der Block im Kopf: Ihr könnt mir eh nicht helfen, weil mein Problem, das ich lösen möchte, nun wirklich, wirklich sehr speziell ist. Um da eine vernünftige, auch vor Ort entlastende Struktur reinzubringen, sei es wichtig, die jeweiligen Interessen einzubeziehen und zu bedenken, dass auch in den Verbänden und Einrichtungen vieles ehrenamtlich geschehe und niemand ein Interesse an zusätzlichen Belastungen habe; letztendlich wollten die Engagierten eins: Machen. Ausschlaggebend sei immer wieder die Frage, wie geht es am Einfachsten. Und dann sei aus ihrer Sicht das Landesnetzwerk Bürgerengagement eine große Chance; allerdings nicht auf die sicher mögliche aber fiese Weise, dass Interessen verfochten, Wünsche eingebracht würden und man sich dann zurücklehne: So Sprecherrat, macht ihr das mal, ihr habt euch ja wählen lassen.

Aber sie sehe hier auch die Politik ganz stark in der Pflicht, und das völlig unabhängig von dem Mit- oder Gegeneinander der Verwaltungsebenen Land und Bezirk in der Stadt. Sie habe in Berlin eine etwas fürchterlich komplizierte Struktur vorgefunden, und die Vernetzung der Politik untereinander funktioniere nach ihrer Meinung noch nicht: Da gebe es auf Landesebene Regeln, nicht immer mit den Apparaten und untereinander abgestimmt, und die Bezirke machten nur das, was sie wollen. Und wenn etwas in Treptow-Köpenick funktioniere, vielleicht auch gerade deshalb, müsse das noch lange nicht in Pankow so sein. Hier seien ganz wichtige Probleme zu lösen, aber darum könnten sich die Verbände nicht kümmern, dafür fehle ihnen die Kraft (und die Möglichkeiten). Doch immer wieder Anregungen zu geben und zu sagen: das ist wichtig oder da brauchen wir Hilfe, das sei möglich. Sie würde sich wirklich freuen, wenn sich hierbei Politik und Verwaltung endlich handlungsfähiger zeigten. Entscheidend für sie sei, dass politische Konzepte wie die Vorstellungen der Enquetekommission oder Erklärungen wie die Berliner Charta umgesetzt würden; wenn man etwas (unter)schreibe, dann sollte man das auch leben.

Frau Schaaf-Derichs notiert

als weiteren Merkpunkt die Notwendigkeit, den Dialog sowohl in Richtung Land wie in Richtung Bezirke zu (ver)stärken, wenn die im gemeinsamen Interesse an der Entwicklung Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin ja offenbar notwendigen Kommunikationen auf diesen Ebenen an die Grenzen der Möglichkeiten der Mitglieder des Landesnetzwerks stoßen oder sie überschreiten.

Herr Stawenow plädiert dafür,

keine Riesenpakete zu schnüren sondern anzusetzen bei dem, was logisch und machbar sei, und dafür auch nochmal die Agenden der letzten Jahre zu prü-

fen: Was wurde erreicht, was steht noch aus? Es gebe viele Dinge, für die parteien- und organisationsübergreifend Übereinstimmung vorhanden sei: Freiwilligenpass und Ehrenamtscard, Versicherungsschutz; zumindest der in anderen Ländern erreichte Standard sollte auch in Berlin möglich sein, es gehe ja nicht um Besserstellungen.

Zur Frage, wer macht das, wer treibt das voran, wer führt die Diskussion: Allein im Paritätischen seien rund 600 Organisationen vertreten, auch das Landesnetzwerk repräsentiere ein breites Spektrum; nicht alle 68 könnten das machen. Er frage sich, warum diese Rolle nicht vom Paritätischen wahrgenommen werde, im Zusammenwirken mit den Spitzenverbänden in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, wo dann das Landesnetzwerk oder andere dazu geholt werden könnten; die Ergebnisse seien dann mit den Fraktionen im Abgeordnetenhaus zu befördern, so wie es im Versicherungsschutz oder Landesessenorenmitwirkungsgesetz auch schon gelungen sei; und da werde sich niemand von den sozialpolitischen Sprechern verweigern. Und wer moderiert diesen ganzen Prozess? Er sei überzeugt, dass dies die Senatskanzlei sein müsse, weil es dorthin gehöre: Sobald ein Ressort die Federführung übernehme, verenge man die Fragen Bürgerschaftlichen Engagements wieder auf ein Ressort, sei es nun Gesundheit, Soziales, Integration oder was auch immer; ehrenamtliche Arbeit sei eine Querschnittaufgabe, die alle angehe bis hin zur Stadtentwicklung und, und, und ...; da könne Herr Dr. Löhnert aus seinen Erfahrungen mit den Stadtteilzentren ein Lied von singen. Und welches fühlbare Ergebnis kommt für den Bürger dabei raus? Da sei nach seiner Meinung wieder der Regierende Bürgermeister gefragt: Berlin sei nicht nur als Wissenschafts-, als Kulturstandort zu repräsentieren, sondern auch als eine soziale Stadt, eine Stadt des Ehrenamts; bei Veranstaltungen und gegenüber Gästen sei herauszustellen, was Berlin hier biete, denn das seien "abrechenbare" Punkte, die die Leute auch sähen und spürten.

Frau Schaaf-Derichs sieht

wohl die grundsätzliche Möglichkeit, die vorhandenen Strukturen so prinzipiell in ihrer ganzen Breite abzufragen und zu aktivieren, wie es Herr Stawenow sehr schön dargestellt habe, aber das Problem sei ja offensichtlich, dass das angesichts des bekannten und an den Runden Tischen immer wieder und nicht nur heute eindrücklich beschriebenen Alltags in den Ebenen Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin recht voraussetzungsvoll, sehr aufwändig und damit ausgesprochen schwierig erscheine. Vielleicht wäre es ja schon ein erster großer Schritt, die ganze Palette Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin mit all ihre Ebenen und (fehlenden) Verknüpfungen zu beschreiben, sie transparent und damit sichtbar zu machen; etwa in der Richtung, die Herr Moritz angesprochen habe. Auf jeden Fall kämen die Anregungen von Herrn Stawenow aber auch auf die Liste der Merkmale, die im Nachgang zu diesem Runden Tisch abzarbeiten sei.

Herr Stawenow stellt noch mal

klar, dass er auf keinen Fall einzelne Tätigkeitsfelder Bürgerschaftlichen Engagements gegeneinander ausgespielt sehen möchte, etwa Jung gegen Alt oder Gesundheit gegen Soziales oder was auch immer. Ihm gehe es um die ganze Bandbreite Bürgerschaftlichen Engagements.

Frau Schaaf-Derichs hat

das auch so verstanden, und das sei ja auch ein Grundsatz am Runden Tisch, die ganze Vielfalt des Engagements einzubeziehen. Nur werfe das eben genau die Fragen auf, die sie auf den Tisch gelegt habe: Wie (weit) sei ein solche Landschaft überhaupt zu gestalten, wie übersichtlich sei das möglich und wie sehr sei das schließlich auch gewünscht? Und in der Landschaft Bürgerschaftlichen Engagements sei schon immer (und unverändert auch heute) sehr viel ei-

gensinnige Bewegung gewesen; die sei ja gerade auch dessen Eigenart, sei ja eine seiner Kraftquellen.

Herr Dr. Löhnert kann

Herrn Stawenow in der Sache nur zustimmen; aber es sei schon darauf zu achten, nicht einfach nur eine Liste des Möglichen zu machen. Das bringe überhaupt nicht weiter in dieser Stadt. Vielmehr sei einfach zu fragen: Wer ist da in dieser Stadt und macht der das schon in genügender Art und Weise? Da werde es dann auch unterschiedliche Antworten geben; aber entscheidend sei, dass alle, die jetzt da sind, die gut arbeiten für Bürgerschaftliches Engagement, dass diese auch bleiben. Das zu erreichen sei in Berlin angesichts dessen, was im neuen Doppelhaushalt alles passiere, schon allein eine große Herausforderung. Da stünden Projekte vor Ort auch aus Geldnot vor der Schließung; umso wichtiger werde es sein, die vorhandene Infrastruktur, die Regeleinrichtungen zu halten. Bei diesen Regeleinrichtungen gebe es aber noch einen weiteren Aspekt zu bedenken, egal ob Jugend- oder Seniorenfreizeitanstalten, Stadtteilzentrum oder Schuldnerberatungsstelle: Sowohl die Verbände wie die Mitarbeitenden vor Ort müssten sich nach seiner Meinung selbstkritisch eingestehen, dass sie nicht nur ihre Klientel bedienen könnten, sondern sich noch viel mehr fürs Gemeinwesen öffnen müssten. Wenn es nicht gelinge, diese Einrichtungen und ihre professionellen Mitarbeitenden dazu zu bringen, dass sie sich in ihrem örtlichen Umfeld auch um die Förderung des Ehrenamtes, des Bürgerschaftlichen Engagements kümmern, würden sie in Schwierigkeiten kommen; sie würden sozusagen ihren Aufgaben nicht gerecht. Schon aus Verantwortung für die Weiterentwicklung des Gemeinwesens seien diese Einrichtungen entsprechend zu öffnen. Das koste kein zusätzliches Geld, da gehe es um Qualifizierungen, um Selbstverständnisse; da habe jeder seinen eigenen Zugang und niemand könne alles leisten.

Doch auch Senat und Bezirke seien gefragt: Immer noch gebe es keine plan-

mäßigen Vorgaben für eine vom Abgeordnetenhaus gewünschte und beschlossene Infrastruktur im Sozial- und Gesundheitsbereich der Stadt Berlin. Sicher werde man auf Nachfrage hören, was alles wünschbar sei, aber es fehlten eben die verbindlichen Kennwerte: Wie viele Jugendfreizeiteinrichtungen braucht das Land, wie viele Seniorenfreizeitstätten, wie viele Stadtteilzentren? Die Frage könne niemand beantworten, und damit könne dann auch nicht geklärt werden, welche Mittel man wo wofür einsetzen wolle, und schließlich auch, ob diese Ressourcen sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt werden. Sein Ziel sei es unverändert, auch wenn es noch bei Weitem nicht erreicht sei, dass die vom Land Berlin finanzierten gesamtstädtischen Projekte so vernetzt miteinander arbeiten, dass sie die eingesetzten Mittel optimal bündeln, damit sie auch in bestmöglichem Umfang beim Bürger ankommen. Da hätten die Verbände und Einrichtungen noch sehr viel mit sich selbst zu tun, mit der Klärung ihrer je eigenen Interessen, Wünsche und Vorstellungen, ein weiter Weg, auf dem sich allerdings Senatsverwaltung oder Bezirke nicht in besonderer Weise unterstützend zeigten. Es gebe noch immer selbstbezogenes, abgeschirmtes Denken und Wünschen. Hier voranzukommen sei es hilfreich, sich auch immer wieder auf die Charta zu besinnen. Und in dem Sinne sei er optimistisch, weil viel erreicht wurde und erreicht werde. Aber er sehe eben auch die noch zu lösenden Probleme, und das in Zeiten, wo das Geld immer knapper werde und die vorhandenen Mittel optimal für die Bürger eingesetzt werden sollten.

Frau Schaaf-Derichs erinnert

hier an den letzten Runden Tisch vor drei Wochen, der ja schon dem Bürger-schaftlichen Engagement in der (Wirtschafts-)Krise gewidmet war. Es habe sie sehr beeindruckt, wie es dort zu einem Zusammenrücken in der gemeinsamen Überzeugung gekommen sei, dass auf alle Fälle aufgepasst werden müsse, dass unter den sich abzeichnenden, zukünftig noch schwierigeren gesellschaft-

lichen Rahmenbedingungen für und wachsenden Anforderungen an Bürgerschaftliches Engagement nichts zerbreche, zerstört werde; und dass Freiwillig Engagierte in der Gesellschaft wie auch der Politik gegenüber immer als ein sich seiner Möglichkeiten und Leistungen bewusster wichtiger Partner auftreten sollten. Und so sei es im Prinzip ja auch gewesen, als die Charta entwickelt wurde; es sei um Engagementpolitik gegangen. Und dieser gemeinsame Aufruf einer engagementpolitischen Agenda über die verschiedenen Netzwerke Bürgerschaftlichen Engagements hinweg, der auch die Entwicklungen seit dem Schreiben der Charta wie des Berichts der Enquetekommission einbeziehe, stehe offensichtlich wieder an; nicht jeden Tag, nicht jedes halbe Jahr, aber in bestimmten Rhythmen.

Das könne eine gemeinsame jährliche Engagementbilanz sein, wie es sie in skandinavischen Ländern gebe: Wo standen wir zu Beginn des Jahres? Wo stehen wir jetzt? Wohin bewegen wir uns? Wo haben wir abgebaut? Wo sind wir weitergekommen? Sie frage (sich), welche Art von engagementpolitischer Debatte in Berlin vor dem Hintergrund des nicht nur heute hier am Runden Tisch Gehörten und angesichts der sich abzeichnenden Problemlagen anstehe, um auch zukünftig auf dem Weg zur Verwirklichung der engagementpolitischen Agenda der Charta voranzukommen: Wie könnte eine Art (selbst)reflexives Monitoring der Bürgerschaftlich Engagierten in Berlin aussehen? Denn wenn man das nicht tue, entwickle man auch keine neuen Fragen mehr, gerieten Probleme nicht (rechtzeitig) in den Blick, man bewege sich dann vielleicht noch, aber man könne hinterher nicht mehr so genau sagen, wie man denn von A nach B gekommen sei - oder auch nicht. Dieser Gedanke könne an diesem Runden Tisch nun leider auf Zeitgründen nicht mehr weiter verfolgt werden, aber er gehöre auf die Merkliste; und Frau Schaaf-Derichs bittet die Patin dieses Runden Tisches um das Schlusswort.

Frau Ülker Radziwill sieht

in der Charta im Prinzip schon die Antwort auf eine ganz ähnliche Frage vor fünf Jahren: Da sei auch überlegt worden, wo stehen wir, was ist eigentlich bei allen gleich, wo gibt es Konsens, wo Dissens? Was ist der Kitt, der verbindet und wie können wir das gemeinsam darstellen und vertreten? Aus diesen Debatten sei dann die Charta entstanden. Und sie finde, dass in den Jahren seither Berlin in Sachen Bürgerschaftliches Engagement, Engagementförderung wesentlich weitergekommen sei. Für sie sei ehrenamtlich sich zu engagieren unverändert ein Wert an sich, und der solle es auch bleiben; aber man müsse schon sehen, ob auch allen, die sich in diesem Sinne engagieren wollten, dies ohne eine kleinere finanzielle Unterstützung möglich sei; das sei sicher auch ein Heranrobben an tragfähige Lösungen. Sie erinnere sich, dass es bei den ersten Runden Tischen im Hintergrund immer auch um die Frage gegangen sei: Kürzt jetzt Berlin auf allen Ebenen und müssen wir alles jetzt über Ehrenamtliche, Bürgerschaftliches Engagement organisieren? Verabschiedet sich jetzt der Staat? Die politische Antwort sei gewesen, so nicht, aber gleichwohl sei nicht alles Notwendige mehr aus der Staatskasse finanzierbar, und damit stelle sich die Frage, wie dann die notwendigen Unterstützungsstrukturen für Bürgerschaftliches Engagement gesichert und entwickelt werden können. Eine Antwort liege im Engagement von Stiftungen und Unternehmen, aber darüber hinaus auch aller Gruppen in der Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement sei der Kitt der Gesellschaft, eine für sie sehr treffende Beschreibung, denn das Schlimmste, was der Gesellschaft passieren könne, sei es, wenn sich einzelne Gruppen aus ihr verabschiedeten.

Da sei es aus ihrer Sicht auch wichtig, die Charta weiter zu entwickeln. Das herausfordernde Stichwort sei da sicher der demografische Wandel, auch wenn in Berlin bis etwa 2015 noch ein Zeitfenster gegeben sei, in dem die Chance bestehe, zu steuern oder auch gegenzusteuern, ehe sich die Veränderungen deutlicher bemerkbar machen. Dazu zähle auch die Frage der Pflege.

Das sei aus ihrer Sicht ein Handlungsfeld, das nicht allein beim Senat, nicht allein beim Abgeordnetenhaus, nicht allein bei irgendeiner Stelle verortet werden könne, sondern auf dem gesamtgesellschaftlich alle Akteure gefragt sind, wie die Pflege zukünftig eigentlich gestaltet werden könne. Für die Pflegestützpunkte sei ganz klar von der Bundesebene die Möglichkeit vorgegeben, stärker in die Nachbarschaft zu gehen, viel stärker Freiwilliges Engagement aufzurufen und für die Betroffenen sichtbar zu machen. Eine wichtige Rolle spielten bei dieser Gestaltung und Steuerung der sozialen Infrastruktur auch die Ligaverträge, weil mit ihnen auf Augenhöhe mit verschiedenen Wohlfahrtsverbänden und Akteuren Erfahrungen hereingeholt und eigentlich das, was eine Bürgergesellschaft ausmacht, in eine Vertragsfunktion umgesetzt werde. Sie halte diese Verträge schon in der Konstruktion für sehr weitreichend und zielorientiert, wenn Politik sage, dass sie eine starke Bürgergesellschaft haben wolle. Zu den sicherlich noch intensiv zu erörternden Fragen gehörten aus ihrer Sicht auch die Freiwilligendienste und damit verknüpft die Zukunft des Zivildienstes. Und besondere Entwicklungsmöglichkeiten gebe es schließlich auch noch hinsichtlich einer der zentralen Zielsetzungen der Charta, des Gelingens eines guten Zusammenlebens in unserer Stadt. Das sei ein sehr einfacher, ein sehr schöner Satz, der aber auch gemeinsam gelebt werden müsse. Zumindest für Berlin bleibe es spannend, was das Bürgerschaftliche Engagement angehe, auch wenn es in den letzten Jahren schon eine viel bessere öffentlichkeitswirksame Anerkennung, auch von und in der Politik, bekommen habe. Sie freue sich, den mit den Runden Tischen eingeschlagenen Weg zur Förderung Freiwilligen Engagements in Berlin gemeinsam weiter gehen zu können und danke für die vielen Beiträge, für die Anregungen und auch für die wunderbare Moderation von Frau Schaaf-Derichs.

Frau Schaaf-Derichs bedankt

sich ihrerseits bei der engagierten Patin, bei den Diskutanten des Runden Ti-

sches, nimmt als thematische Anregungen noch die Stichworte "Pflege", "Beteiligung und Demokratie an Schulen" und "Umgang mit Instrumenten und Förderpolitik" auf den Merktzettel, schließt den Reigen der Runden Tische des Jahres 2009 und fühlt sich ermuntert, auch nach bereits neun Jahren der Runden Tische zur Förderung Freiwilligen Engagements in Berlin erneut zu den Runden Tischen 2010 einzuladen; jedoch nicht ohne einen ganz herzlichen Dank an die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, diesmal vertreten durch Herrn Wiebusch, die dieses besondere Projekt seit seinen Anfängen immer wieder ermöglicht hat.

Anlage 1

Neunundzwanzig "Runde Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin" im Überblick

Alle Runden Tische wurden von Carola Schaaf-Derichs moderiert, die auch für die Konzeption und Organisation verantwortlich war; bis 2006 gemeinsam mit Barbara Weigl und seitdem mit Jo Rodejohann.

2001

Qualifizierung und Infrastruktur

Erster Runder Tisch 2001 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 16.05.2001

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Elfi Jantzen, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Seniorengesetz

Zweiter Runder Tisch 2001 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 15.06.2001

Ort: Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen

Patin: Ingeborg Junge-Reyer, Staatssekretärin für Frauen und Soziales

Zertifizierungen

Dritter Runder Tisch 2001 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 27.09.2001

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Sarantis-Aridas, Karin, MdA, SPD-Fraktion (terminlich verhindert)

Kommunale Förderverantwortung und Bürgerbeteiligung

Erster Runder Tisch 2001 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 16.05.2001

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Elfi Jantzen, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft. Die Berliner Freiwilligenagentur (Hrsg.), 2002:
Machbarkeitsstudie. Dokumentation und Auswertung der Runden Tische zum Frei-

willigen Engagement in Berlin im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001.

Erstellt von Barbara Weigl.

Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

2002

Zertifizierung und Lernchancen für Jugendliche im Freiwilligen Engagement anbieten

Erster Runder Tisch 2002 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 28.08.2002

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Pate: Reiner-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion

Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Freiwilligem Engagement stärken

Zweiter Runder Tisch 2002 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 02.10.2002

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Pate: Gregor Hoffmann, MdA, CDU-Fraktion

Ergebnisse der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ für die Landes- und die kommunale Ebene in Berlin

Dritter Runder Tisch 2002 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 13.11.2002

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Anerkennungskultur für Freiwilliges Engagement in Berlin ausbauen

Vierter Runder Tisch 2002 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 11.12.2002

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Minka Dott, MdA, PDS-Fraktion

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft. Die Berliner Freiwilligenagentur (Hrsg.), 2003:
Dokumentation der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2002.

Erstellt von Carola Schaaf-Derichs, Barbara Weigl, Olivia Grudzinski.

Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

2003

Bürgerschaftliches Engagement und Medien

Erster Runder Tisch 2003 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 01.09.2003

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Pate: Dr. Peter-Rudolf Zotl, MdA, PDS-Fraktion

Memorandum zum bürgerschaftlichen Engagement in Berlin

Zweiter Runder Tisch 2003 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 26.11.2003

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft

Dritter Runder Tisch 2003 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 24.01.2004

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Elfi Jantzen, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft. Die Berliner Freiwilligenagentur (Hrsg.), 2004:
Dokumentation der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2003.

Erstellt von Carola Schaaf-Derichs, Barbara Weigl.

Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

2004

Fachtag zur abschließenden Diskussion der Charta für Bürgerschaftliches Engagement in Berlin

Erster Runder Tisch 2004 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 28.09.2004

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Entbürokratisierung des Freiwilligen Engagements in Berlin

Zweiter Runder Tisch 2004 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 26.10.2004

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Pate: Peter Zotl, MdA, PDS-Fraktion

Austausch landesweiter Initiativen des Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin

Dritter Runder Tisch 2004 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 16.02.2005

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Elfi Jantzen, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur Berlin (Hrsg.), 2005:
Dokumentation der Runden Tische 2004.

Erstellt von Carola Schaaf-Derichs, Barbara Weigl.
Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

2005

Migration und Integration als Aufgabenfeld für Bürgerschaftliches Engagement

Erster Runder Tisch 2005 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 26.09.2005

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Wirkungen von Hartz IV auf Freiwilliges Engagement

Zweiter Runder Tisch 2005 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 02.11.2005

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Pate: Rainer-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion

Strukturatlas Bürgerschaftliches Engagement in Berlin

Dritter Runder Tisch 2005 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 20.02.2006

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Pate: Peter-Rudolf Zotl, MdA, PDS-Fraktion

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur Berlin (Hrsg.), 2006:
Dokumentation der Runden Tische 2005.

Vorgelegt von Barbara Weigl, Carola Schaaf-Derichs

Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

2006

Quoten für die Partizipation von Migranten/innen in öffentlichen Gremien

Erster Runder Tisch 2006 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 25.09.2006

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Strategien der Engagementförderung in der Schule

Zweiter Runder Tisch 2006 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 06.11.2006

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Pate: Özcan Mutlu, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Engagementförderung von und für Senioren/innen“ - unter besonderer Berücksichtigung von älteren Migranten/innen

Dritter Runder Tisch 2006 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 27.11.2006

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Pate: Gregor Hoffmann, MdA, CDU-Fraktion

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur Berlin (Hrsg.), 2007:
Dokumentation der Runden Tische 2006.

Vorgelegt von Barbara Weigl, Carola Schaaf-Derichs

Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

2007

Berlin “Stadt der Vielfalt” - interkulturelle Öffnung und interkulturelles Lernen

Erster Runder Tisch 2007 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 05.11.2007

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Kein Dritter im Bunde? Public-Private Partnership (PPP) und Bürger-schaftliches Engagement

Zweiter Runder Tisch 2007 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 05.12.2007

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Paten: Mieke Senftleben, Rainer-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion

Engagement in der Zwickmühle. Zwischen geringfügiger Bezahlung und Aufwandsentschädigung

Dritter Runder Tisch 2007 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 04.02.2008

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Ramona Pop, MdA, Fraktion Bündnis 89/Die Grünen

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur Berlin (Hrsg.), 2008:

Dokumentation Runde Tische 2007 zum Bürgerschaftlichen Engagement in Berlin.

Jo Rodejohann, Carola Schaaf-Derichs

Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

2008

Gefangen in der Mittelschichtfalle? Bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Stadt

Erster Runder Tisch 2008 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 06.10.2008

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Jasenka Villbrandt, MdA, Fraktion Bündnis 89/Die Grünen

Zivilcouragiert im Quartier! Bürgerschaftliches Engagement für zivi-les Verhalten in öffentlichen und halböffentlichen Räumen

Zweiter Runder Tisch 2008 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 17.11.2008

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin

Patin: Mieke Senftleben, MdA, FDP-Fraktion

Und was passiert "draußen im Lande"? Bürgerschaftliches Engage-ment in den Berliner Bezirken

Dritter Runder Tisch 2008 zum Freiwilligen Engagement in Berlin

Datum: 09.12.2008

Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin
Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur Berlin (Hrsg.), 2009:
Dokumentation Runde Tische 2008 zum Bürgerschaftlichen Engagement in Berlin.
Bericht & Redaktion: Jo Rodejohann, Carola Schaaf-Derichs
Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

2009

Alles Freiwilligendienst! Oder? Der neue geregelte „Freiwilligendienst aller Generationen“ in der Metropole Berlin

Erster Runder Tisch 2009 zum Freiwilligen Engagement in Berlin
Datum: 23.09.2009
Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin
Patin: Minka Dott, MdA, Fraktion Die Linke

Bürgerschaftliches Engagement in der (Wirtschafts-)Krise Bestandsaufnahme - Perspektiven

Zweiter Runder Tisch 2009 zum Freiwilligen Engagement in Berlin
Datum: 03.11.2009
Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin
Pate: Rainer-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion

Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement. Eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren

Dritter Runder Tisch 2009 zum Freiwilligen Engagement in Berlin
Datum: 23.11.2009
Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin
Pate: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Dokumentation

Treffpunkt Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur Berlin (Hrsg.), 2010:
Dokumentation Runde Tische 2009 zum Bürgerschaftlichen Engagement in Berlin.
Bericht und Redaktion: Jo Rodejohann, Carola Schaaf-Derichs. Mitarbeit: André Vollrath
Berlin, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
PDF-download: http://www.runder-tisch.freiwillig.info/?page_id=67

Anlage 2

Berliner Charta zum Bürgerschaftlichem Engagement¹

1. Bürgerschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil zum Wohle einer lebendigen, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft. Es umfasst das Ehrenamt, die Freiwilligenarbeit und die Selbsthilfe sowie das Engagement von Organisationen, Initiativen, Verbänden, Unternehmen und Stiftungen.

2. Alle Unterzeichner dieser Charta erkennen die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements der in Berlin lebenden Menschen für das Gelingen eines guten Zusammenlebens in unserer Stadt an. Sie sprechen sich für die tragenden Grundwerte des Bürgerschaftlichen Engagements aus im Sinne von Solidarität, Gemeinsinn und Bereitschaft zu einem aktiven persönlichen Beitrag für eine demokratische Gesellschaft in Berlin und unterstützen sie mit Wort und Tat.

3. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Aufgabe aller in dieser Stadt lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer sozialen Stellung, aller demokratisch verfassten bzw. selbstorganisierten Initiativen, Verbände, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen sowie der politischen Parteien des Landes Berlin. Bürgerschaftliches Engagement fördert Partizipation, Integration und Eigenverantwortung aller in Berlin lebenden Menschen und ihren Einsatz für ein aktives Gemeinwesen. Bürgerschaftlich Engagierte beanspruchen, sich mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einbringen und mitentscheiden zu können.

¹ Diese Charta entstand im Rahmen der „Runden Tische zur Förderung des freiwilligen Engagements in Berlin“ 2003 und 2004 im Zuge eines 14-monatigen Diskussionsprozesses und liegt seit der Erstunterzeichnung am 06.12.2004 weiter zur Unterzeichnung aus.

4. *Bürgerschaftliches Engagement nützt allen beteiligten Akteuren und bringt dabei Freude, Anregung und Bestätigung. Es unterstützt das lebenslange und das soziale Lernen in der Gesellschaft. Die Unterzeichnenden sehen eine nachhaltige Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements im materiellen wie im ideellen Sinne, wenn folgende Rahmenbedingungen ermöglicht werden:*

- Versicherungsschutz (Unfall- und Haftpflichtversicherung - Auslagererstattung (insbesondere für Fahrtkosten) - Fortbildungsangebote - Einführung und Begleitung von Bürgerschaftlich Engagierten - Anerkennungskultur

5. *Dies setzt voraus, bestehende Unterstützungsstrukturen und die Bürgerbeteiligung zu sichern und zu würdigen sowie neue Formen zu ermöglichen. Hierzu zählen die Berliner Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäuser und Selbsthilfeinitiativen sowie Initiativen und Projekte, die das Bürgerschaftliche Engagement stärken. Zur besseren Koordination und Vernetzung der bestehenden Infrastrukturen und der gesellschaftlichen Sektoren wird die Gründung eines landesweiten Netzwerkes für Bürgerschaftliches Engagement angestrebt.*

6. *Mit dieser Charta wird unterstrichen, dass Bürgerschaftliches Engagement einen hohen Stellenwert in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung einnimmt. Seine Bedeutung sowie die Anerkennung der Bürgerschaftlich Engagierten soll sich auch in den Medien widerspiegeln.*

7. *Die Unterzeichner sehen Bürgerschaftliches Engagement als eine wertvolle gesellschaftliche Kraft, die soziale Werte schafft. Bürgerschaftliches Engagement muss für alle Interessierten leicht erschließbar angeboten werden und darf nicht als Lückenfüller für reduzierte sozialstaatliche Leistungen missbraucht werden.*

Der hier vorgelegte zusammenfassende Bericht versucht einmal mehr, die Gespräche am Runden Tisch mit ihren jeweiligen Schwerpunkten, ihren zuweilen auch dynamischen Akzentsetzungen und Zuspitzungen nachzuzeichnen (in der Regel auf der Grundlage von Wortaufzeichnungen, für dieses Jahr siehe auch oben S. 4) und sie zugleich ergebnisorientiert zu verdichten; er ist deshalb ausdrücklich kein wörtliches Protokoll und sollte auch nicht so (miß)verstanden werden - und doch soll er einen informativen Eindruck vom Geschehen zu Protokoll geben; auch für diejenigen, die nicht eingeladen oder verhindert waren.

Die Hilfsbereitschaft e.V.

Torstraße 231

10115 Berlin

www.freiwillig.info

www.runder-tisch.freiwillig.info

Bericht und Redaktion:

Jo Rodejohann / Carola Schaaf-Derichs

Mitarbeit:

André Vollrath (Protokolltranskript)

2010